
Eine Zukunft für die Lausitz

Elemente eines Strukturwandelkonzepts
für das Lausitzer Braunkohlerevier

IMPULSE

Agora
Energiewende



Eine Zukunft für die Lausitz

IMPRESSUM

IMPULSE

Eine Zukunft für die Lausitz

Elemente eines Strukturwandelkonzepts für das
Lausitzer Braunkohlerevier

ERSTELLT VON

Agora Energiewende
Anna-Louisa-Karsch-Straße 2 | 10178 Berlin
T +49 (0)30 700 14 35-000
F +49 (0)30 700 14 35-129
www.agora-energiewende.de
info@agora-energiewende.de

PROJEKTLEITUNG

Dr. Patrick Graichen

Dr. Gerd Rosenkranz
gerd.rosenkranz@agora-energiewende.de

Satz: UKEX GRAPHIC, Ettlingen
Titelbild: istock/hxdyl

120/02-I-2017/DE

Veröffentlichung: Oktober 2017

Bitte Zitieren als:

Agora Energiewende (2017): *Eine Zukunft für die
Lausitz. Elemente eines Strukturwandelkonzepts
für das Lausitzer Braunkohlerevier.*

www.agora-energiewende.de

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Zukunft der Kohleverstromung ist in der vergangenen Legislaturperiode häufig und kontrovers diskutiert worden. Einigkeit bestand aber stets darüber, dass die vom Strukturwandel in der Braunkohleindustrie besonders betroffenen Regionen nicht allein gelassen werden dürfen.

Agora Energiewende hat sich an der Diskussion mit den *Elf Eckpunkten für einen Kohlekonsens* beteiligt. Das nun vorliegende Impulspapier konkretisiert die in den Eckpunkten angeregte Einrichtung eines Strukturwandelfonds des Bundes für die betroffenen Braunkohleregionen am Beispiel der Lausitz.

Der Vorschlag ist vor allem Resultat intensiver Gespräche mit in der Lausitz ansässigen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Die Gespräche hatten ein gemeinsames Ziel: Die vielfältigen Ideen und Initiativen aus der Region

zu einem Vorschlag zu bündeln, der auch dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen dient.

Im Kern geht es um die Strukturentwicklung in der Lausitz für das 21. Jahrhundert. Dazu gehören eine innovative Wirtschaft, eine gewichtige Rolle in der Energiewende, eine zeitgemäße Infrastruktur und ein kulturelles Leben in der Lausitz, das Menschen zum Bleiben oder (Wieder-)Kommen einlädt. Das funktioniert am besten, wenn die Region ihre Zukunft selbst gestaltet und Entscheidungen nicht anderswo getroffen werden.

Dieser Vorschlag versteht sich als Impuls für eine Debatte, die in der Region längst begonnen hat – und die jetzt nach Ergebnissen verlangt. Ich hoffe auf rege Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge. Damit wir schnell zu guten Entscheidungen kommen.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre!
Ihr Dr. Patrick Graichen
Direktor Agora Energiewende

Ergebnisse auf einen Blick:

1

Ab 2019 sollte im Bundeshaushalt ein „Strukturwandelfonds Lausitz“ eingerichtet werden. Ziel des Strukturwandelfonds ist eine wirtschaftlich attraktive und lebenswerte Lausitz, die ihren Charakter als Industriestandort bewahrt, die die Innovationskraft ihrer Unternehmen und den Wissenschaftsstandort stärkt, über zeitgemäße Mobilität und digitale Infrastrukturen gut vernetzt ist und Menschen mit einer lebendigen Zivilgesellschaft anzieht und bindet.

2

Der Lausitzfonds sollte für 15 Jahre mit jährlich 100 Millionen Euro ausgestattet werden und seine Mittel auf vier Säulen verteilen: Wirtschaft, Wissenschaft, Infrastruktur und Zivilgesellschaft. Die vier Säulen sollten mit je 25 Prozent der Mittel ausgestattet sein. Die Mittel in den vier Säulen sollten flexibel eingesetzt werden können, damit nicht abgerufene Mittel nicht verfallen (gegenseitige Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit der Mittel in Folgejahre).

3

Bei der Vergabe der Mittel nehmen regionale Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft eine Schlüsselrolle ein. Der Bund hat lediglich in einem Steuerungskreis eine Monitoring- und Koordinationsfunktion; die Entscheidungen über die jeweiligen Prioritäten sollen die Akteure aus der Region treffen.

4

Für die Säule der Zivilgesellschaft sollten die Mittel in eine neu zu gründende „Zukunftsstiftung Lausitz“ fließen. Wirtschaftsförderung, Wissenschaft und Infrastruktur allein reichen nicht aus, um eine Region attraktiv zu machen. Kunst, Kultur, gelebte Traditionen und Aktivitäten der Zivilgesellschaft machen Orte lebendig. Hierfür ist eine dauerhafte Unterstützung notwendig, die sowohl kurzfristig über den Fonds als auch langfristig über den Aufbau eines Stiftungskapitals sichergestellt werden kann.

Inhalt

Zusammenfassung	6
1. Einleitung: Für eine gerechte Energiewende	7
2. Die Zeit drängt: Warum der Strukturwandel in der Lausitz jetzt Unterstützung braucht	11
2.1. Die schlecht verheilten Narben der Vergangenheit	11
2.2. Der Ausstieg aus der Braunkohle als regionalwirtschaftliches Problem	12
3. Konzepte, Ideen und Initiativen zum Strukturwandel in der Lausitz	15
3.1. Die Ausgangslage: Ökonomische Basisdaten der Lausitz und die Rolle der Braunkohle	15
3.2. Der Strukturwandel findet schon statt	18
3.3. Die wichtigsten Player, ihre Rolle in der und ihre Vorschläge für die Lausitz	19
3.4. Die Player auf Bundesebene und die Rolle der EU	25
4. Strukturwandel in der Lausitz – die Kernelemente	29
4.1. Fokussierte Förderung durch einen neuen Strukturwandelfonds	29
4.2. Prinzipien eines erfolgreichen Strukturwandels im 21. Jahrhundert: Die Kräfte bündeln, den Blick nach vorn richten	30
5. Der Fonds konkret: Vier Säulen für den Strukturwandel	35
5.1. Einrichtung eines Strukturwandelfonds Lausitz per Vertrag	35
5.2. Vier Säulen für die Lausitz	36
5.3. Die Säule 1: Die Lausitz als Energie- und Industrieregion	38
5.4. Die Säule 2: Wissenschaft und Forschung – Wissen als Motor der Zukunft	41
5.5. Die Säule 3: Infrastrukturen für das 21. Jahrhundert	44
5.6. Die Säule 4: Eine Bundesstiftung für die Lausitz	46
6. Fazit: Den Blick nach vorn richten	51

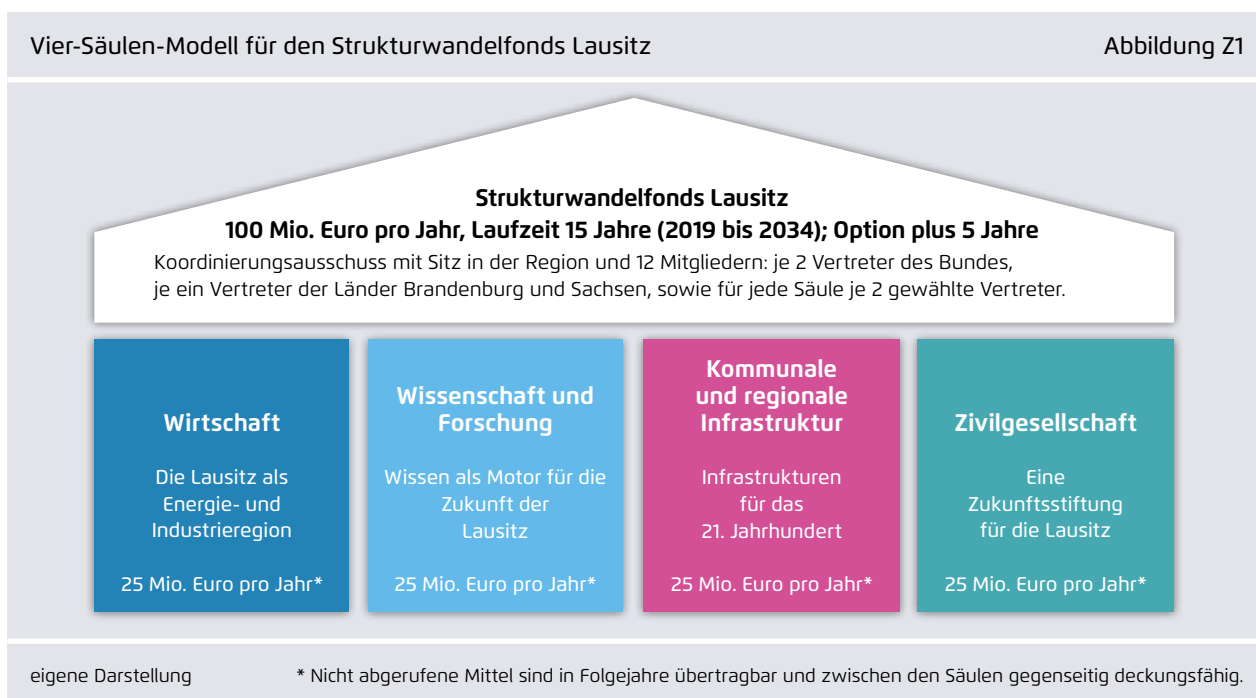
Zusammenfassung

Eckdaten des Vorschlags „Strukturwandelfonds Lausitz“ von Agora Energiewende

- **Gesamtvolumen:** 100 Millionen Euro pro Jahr
- **Laufzeit:** 15 Jahre (2019 bis 2034) mit Verlängerungsoption um 5 Jahre in modifizierter Ausgestaltung
- **Koordinierungsausschuss:** Sitz in der Region, tagt als „ständiger Ausschuss“ mit insgesamt 12 Vertretern aus dem Bund (2), den Ländern Brandenburg (1) und Sachsen (1), sowie gewählten Regionalvertretern aus vier „Säulen“ (8).
- **Vier Säulen des Fonds mit je 25 Prozent Mittelausstattung:** Nicht abgerufene Mittel sind übertragbar in Folgejahre, Fondssäulen gegenseitig deckungsfähig.
- **Säule 1 – Wirtschaftsförderung:** Fokus auf Erhalt der Wirtschafts- und Energieregion (für jedes abgeschaltete Gigawatt Braunkohleleistung wird mindestens ein Gigawatt Erneuerbare Energien installiert) und Innovationsförderung sowie Stärkung der Innovationsfähigkeit (mit einem, aber nicht dem

alleinigem Fokus auf neue Energietechnologien und CO₂-Innovationen in der Industrie); Ziel: Etablierung wirtschaftlicher Strukturen jenseits der Braunkohle

- **Säule 2 – Förderung von Wissenschaft und Forschung:** Stärkung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Region, unter anderem durch Gründung eines Fraunhofer-Instituts für die Dekarbonisierung der Industrie; Ziel: starker Wissensstandort
- **Säule 3 – Errichtung und Modernisierung der kommunalen und regionalen Infrastruktur:** Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (u. a. Bahnstrecken Berlin-Cottbus und Görlitz-Dresden) und Realisierung eines High-Speed-Internets; Ziel: zeitgemäße Infrastruktur
- **Säule 4 – Zukunftsstiftung Lausitz:** Unterstützung eines breiten Spektrums zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in der Region, unter anderem in den Bereichen Kunst, Kultur, Traditionspflege und gesellschaftliche Modernisierung; Ziel: Erhöhung der Attraktivität der Region



1. Einleitung: Für eine gerechte Energiewende

Ziel der Energiewende in Deutschland ist ein klimaverträgliches, wirtschaftlich tragfähiges und sicheres Energiesystem. Der Kohleausstieg ist dabei eine *Conditio sine qua non*¹ – ohne ihn, das haben alle diesbezüglichen Studien gezeigt, kann Deutschland seine mehrfach von Bundesregierung und Bundestag beschlossenen Klimaziele – eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent bis 2020, mindestens 55 Prozent bis 2030, mindestens 70 Prozent bis 2040 und 80 bis 95 Prozent bis 2050 unter das Niveau von 1990 – nicht realisieren.

Zu den notwendigen Bedingungen für die mittel- und langfristige Zielerreichung gehört aber auch, dass es bei der Energiewende in einem übergreifenden Sinn gerecht zugeht. Dies bedeutet, dass Vorteile und Belastungen dieser fundamentalen Umwälzung in der Gesellschaft möglichst gleichmäßig verteilt werden. Dieser Anspruch muss umfassend gelten. Das bedeutet zunächst: Alle Sektoren der Gesellschaft müssen ihren Beitrag leisten.² Der Anspruch einer gerechten Energiewende bedeutet zudem, den Strukturwandel, der mit einem Umbau der Energiewirtschaft in Richtung Dekarbonisierung einhergeht, aktiv zu gestalten und die Regionen, die derzeit einen wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bereich fossiler Technologien haben, aktiv dabei zu unterstützen, andere Wertschöpfungsmodelle zu generieren.

Die Verpflichtung zur gesamtgesellschaftlichen Solidarität gilt insbesondere gegenüber den Kohleregionen Deutschlands. Sie waren über viele Jahrzehnte Garanten für die erfolgreiche Entwicklung des Standorts Deutschlands; die dort ansässigen Stein- und Braunkohleunternehmen beschäftigten zeitweise mehr als eine Million Menschen. Nachdem der Steinkohlebergbau in Deutschland in naher Zukunft Geschichte sein wird,³ bleiben als wichtigste „Hotspots der Energiewende“ die Braunkohleregionen des Rheinischen sowie des Mitteldeutschen Reviers und der Lausitz. Alle drei Regionen hatten und haben einen gewichtigen Anteil daran, dass dieses Land seit hundert und mehr Jahren zuverlässig mit Energie versorgt werden konnte.

Als Agora Energiewende Anfang 2016 mit den *Elf Eckpunkten für einen Kohlekonsens*⁴ erstmals ein umfassendes Konzept zur schrittweisen Dekarbonisierung des deutschen Stromsektors vorlegte, lag deshalb ein Schwerpunkt der Überlegungen auf den Folgen des Kohleausstiegs in den Braunkohleregionen. Dabei ging es zum einen darum, vor dem Hintergrund ambitionierter Klimaschutzziele keine weiteren Braunkohletagebaue mehr aufzuschließen und keine weiteren Umsiedlungsprozesse mehr einzuleiten (Eckpunkt 6). Es ging außerdem darum, die Finanzierung der Folgekosten des Braunkohlebergbaus auch unter den Bedingungen seiner schrittweisen Beendigung sicherzustellen (Eckpunkt 7). Vor allem aber ging es um die Zukunftssicherung der betroffenen Regionen, konkret um die aktive Gestaltung und dauerhafte finanzielle Absicherung des ausstiegsbedingten Strukturwandels über einen gesamtgesellschaftlich

- 1 Die einzige Möglichkeit, Klimaschutz und die Nutzung von Kohle miteinander zu verbinden, wäre die CCS-Technologie (*Carbon Capture and Storage*). CCS für Kohlekraftwerke, was auch in Deutschland eine Zeitlang ernsthaft diskutiert wurde, ist jedoch nie zur Marktreife gekommen und hat aufgrund der hohen Kosten, vor allem aber infolge mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung, hierzulande keine Zukunft.
- 2 Der im November 2016 von der Bundesregierung beschlossene *Klimaschutzplan 2050* sieht konsequenterweise jeweils eigene Klimaschutzzwischenziele (für 2030) für die Sektoren Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft sowie „Sonstige“ vor.

- 3 Die letzten beiden von einst über 180 deutschen Steinkohlezechen werden im Jahr 2018 geschlossen; die Abkehr vom Steinkohlebergbau in Deutschland erfolgte und erfolgt unabhängig von der Energiewende aus ökonomischen Gründen bereits seit den 1960er-Jahren.
- 4 Agora Energiewende (2016a)

(also durch den Bund) finanzierten, zweckgebundenen Fonds (Eckpunkt 8):

„Im Bundeshaushalt wird ein ‚Strukturwandelfonds Braunkohleregionen‘ eingestellt, der über die gesamte Transformationsphase mit jährlich 250 Millionen Euro ausgestattet wird. Die Aufteilung auf die Regionen erfolgt entsprechend der Zahl der in den einzelnen Revieren betroffenen Arbeitsplätze.“⁵

Die Diskussion über den schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung, aber auch die reale Entwicklung der Energiewende haben sich seit der Präsentation des Konsensvorschlags von Agora Energiewende national wie international weiter beschleunigt. Einerseits setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass die proaktive Bewältigung des Strukturwandels frühzeitig eingeleitet werden muss und nicht erst in einigen Jahren beginnen kann. Andererseits drohen ohne einen entschlossenen Einstieg in den Kohleausstieg, alle kurz-, mittel- und langfristigen klimapolitischen Ziele verfehlt zu werden. Angesichts des sich in den vergangenen Jahren weltweit beschleunigenden Klimawandels entsteht so ein rasch zunehmender Handlungsdruck.⁶

Vor diesem Hintergrund werden auch in den Braunkohleregionen selbst zunehmend Ideen, Initiativen und Konzepte für eine gute Zukunft nach der Kohle generiert. Diese sind Ausgangspunkt dieses Papiers. Das Leitmotiv muss ein von den Regionen selbst maßgeblich mitgestalteter Strukturwandel sein, der von der Gesamtgesellschaft, repräsentiert durch ihre Vertreterinnen und Vertreter in Bundestag und Bundesregierung, die notwendige Unterstützung erfährt.

Die drei in Deutschland noch bestehenden Braunkohleregionen starten in mancher Hinsicht unterschiedlich in den anstehenden schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Der Ansatz des

Elf-Eckpunkte-Vorschlags von Agora Energiewende war es, die Unterstützung der drei Regionen an das Ausmaß der durch einen vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung reduzierten Wertschöpfung und damit an die Zahl der Arbeitsplätze in der Braunkohlenwirtschaft zu koppeln, die am Ende wegfallen. Letztlich geht es um einen möglichst weitgehenden Ausgleich von realen Wohlfahrtseinbußen in allen drei Regionen.

Dieses Impulspapier konkretisiert den Vorschlag für einen gerechten Strukturwandel in der Lausitz. Denn die Lausitz steht modellhaft für eine von Bergbau und Stromerzeugung geprägte Region mit einer bisher vergleichsweise geringen Anbindung an die sie umgebenden Ballungsräume. Zwar hat die Lausitz ihre industrielle Struktur inzwischen verbreitert. Doch bleibt der in Braunkohlekraftwerken erzeugte Strom nach dem wendebedingten Zusammenbruch der ostdeutschen Braunkohlenchemie weiterhin das wichtigste „Exportgut“ aus der Region. Der Vertrieb beruht auf dem Stromübertragungsnetz, einer über Jahrzehnte gewachsenen Infrastruktur. Insgesamt ist die Lausitz vom Wandel des Energiesystems stärker betroffen als die Braunkohlereviere in Mitteldeutschland (mit der Wachstumsregion Leipzig in unmittelbarer Nachbarschaft) oder des Rheinischen Reviers, das sich inmitten einer der am höchsten entwickelten und industrialisierten Regionen und Wissenschaftsstandorte Deutschlands und Europas mit einem weitgefächerten Arbeitsplatzangebot befindet.

Strukturwandel oder Konversion bedeutet für die Lausitz deshalb nicht nur, die existierende Infrastruktur wo möglich auch dann weiter gewinnbringend zu nutzen, wenn weniger und irgendwann kein Kohlestrom mehr aus der Region eingespeist wird. Strukturwandel bedeutet auch, die vorhandenen Infrastrukturen über das Stromnetz hinaus zu ertüchtigen und den künftigen Erfordernissen eines modernen, hocharbeitsteilig organisierten und überregional vernetzten Standorts anzupassen. Damit steht die Lausitz nicht allein, sondern beispielhaft für Kohlebergbauregionen vor allem auch in Ost- und

5 Agora Energiewende (2016a), S. 43

6 vgl. Agora Energiewende (2017a) sowie Agora Energiewende (2017b)

Südosteuropa, in denen sich vergleichbare Entwicklungen, voraussichtlich um einige Jahre zeitverzögert, abzeichnen.

Nicht nur die deutsche Energiewende selbst, auch die Bewältigungsstrategien in den besonders von ihr betroffenen Regionen werden über Deutschland hinaus in Europa und der Welt mit großem Interesse beobachtet. Deshalb ist es nicht nur für die unmittelbar betroffenen Regionen, sondern auch für die Bundespolitik von großem Interesse, dass parallel zum neuen Energiesystem für das 21. Jahrhundert Strukturwandelstrategien entwickelt werden, die den Erfordernissen einer gerechten Transformation genügen.⁷

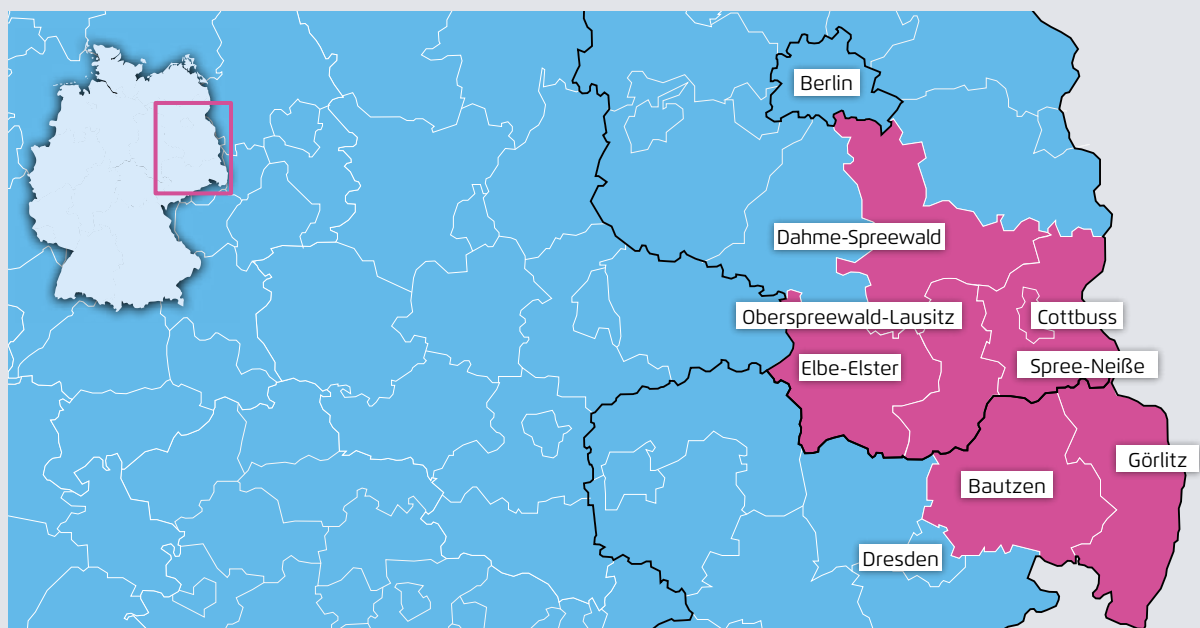
7 Das Thema diskutiert auch die EU-Kommission, die im Rahmen ihrer Mitteilung zum „Clean Energy for All Europeans“-Paket im Dezember 2016 vorgeschlagen hat, gemeinsam mit interessierten Mitgliedsstaaten und Regionen Strategien für den Strukturwandel zu entwickeln („supporting a just transition in high carbon regions“).

Anzustreben ist also ein Strukturwandel für das 21. Jahrhundert, der mit innovativen Ideen für die betroffenen Regionen die nur in Teilen erfolgreichen Bewältigungsstrategien des 20. Jahrhunderts ergänzt und weiterentwickelt. Solange eine innovative Strukturpolitik jenseits des reinen Business-as-usual-Szenarios vor Ort nicht als reale Chance wahrgenommen wird, werden wesentliche Akteure an der Braunkohleverstromung festhalten.

Gemessen an der Anzahl der über den gesamten Transformationsprozess schrittweise wegfallenden Arbeitsplätze entfielen auf die Lausitz entsprechend des von Agora Energiewende vorgeschlagenen Braunkohlefonds jährliche Unterstützungszahlungen in Höhe von etwa zwei Fünfteln des Gesamtvolumens von 250 Millionen Euro, also rund 100 Millionen Euro pro Jahr. Diese Solidaritätsleistung des Bundes zu ermöglichen und Vorschläge für ihren möglichst effizienten Einsatz zu unterbreiten, ist eine zentrale Motivation dieses Impulspapiers.

Die Landkreise der Lausitzregion in Brandenburg und Sachsen

Abbildung 1



eigene Darstellung

2. Die Zeit drängt: Warum der Strukturwandel in der Lausitz jetzt Unterstützung braucht

2.1. Die schlecht verheilten Narben der Vergangenheit

Jede Unterstützung der Lausitz vonseiten der Europäischen Union, des Bundes und der betroffenen Länder muss von den Erfahrungen ausgehen, die die dort lebenden und arbeitenden Menschen mit dem Bergbau und seinen Veränderungen in der Vergangenheit gemacht haben. Diese bedeuten eine schwere Hypothek, die die Stimmungslage in der in zwei Bundesländern, Brandenburg und Sachsen, gelegenen Region bis heute prägt. Schon der Begriff „Strukturwandel“ wird im Osten Deutschlands häufig als Euphemismus wahrgenommen, weil er in der Vergangenheit zumeist als harter Strukturbruch mit katastrophaler Dynamik erlebt wurde. So waren zum Zeitpunkt der Wende von 1989 in der Lausitz etwa 80.000 Beschäftigte in der Braunkohlenwirtschaft tätig. Bis zur Jahrtausendwende reduzierte sich ihre Zahl um mehr als 90 Prozent auf 7.000⁸.

Die Folge des Strukturzusammenbruchs Anfang der 1990er-Jahre war eine zunächst entsprechend hohe Arbeitslosigkeit, die in einigen Kreisen und Städten zwischenzeitlich auf über 20 Prozent stieg.⁹ Auch noch danach ging die Abwanderung erwerbsfähiger Personen gerade aus der jüngeren Generation weiter, mit allen negativen Folgen für die betroffenen Regionen. Das demografische Echo der Abwanderung in den 1990er-Jahren wirkt auch heute noch nach, was eine auf den ersten Blick erfreuliche Entwicklung beim Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Lausitz relativiert.¹⁰ In der Konsequenz sind die kollektiven psychischen Verletzungen, die auf die Umbrüche der

Nachwendezeit zurückgehen, bis heute nur teilweise verheilt. Ein Ergebnis ist ein nach wie vor tief sitzendes Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien und insbesondere der überregionalen Politik und ihren Ankündigungen.¹¹

Die Skepsis gegenüber Eingriffen der überregionalen Politik in die Energiewirtschaft vor Ort wird zusätzlich befeuert durch ein fortdauernd starkes Bewusstsein für die historischen Leistungen und für das lange auch überregional hohe Gewicht der regionalen Energiewirtschaft. Wie in Westdeutschland die Steinkohle ist auf dem Gebiet der früheren DDR die Braunkohle bis heute weit mehr als ein Wirtschaftsgut. Sie ist vielmehr auch ein wesentlicher Bestandteil der regionalen Identität. Tatsächlich hätte ohne die heimischen Bergbauregionen weder die frühe Industrialisierung des 19. Jahrhundert noch die flächendeckende Elektrifizierung Deutschlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts stattfinden können.¹²

In Ostdeutschland sicherte die Braunkohle als einziger auf dem Gebiet der früheren DDR in großen Mengen verfügbarer Energieträger bis 1989 das ökonomische Überleben des Landes. Über Jahrzehnte sorgten die Beschäftigten der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier für Versorgungssicherheit nicht nur im Stromsektor, sondern ebenso im Wärmesektor und in der Chemieindustrie. So überstieg in der DDR erst 1985 die in der Verstromung eingesetzte Rohbraunkohlemenge erstmals den Einsatz für die sogenannte „Veredelung“, worunter vor

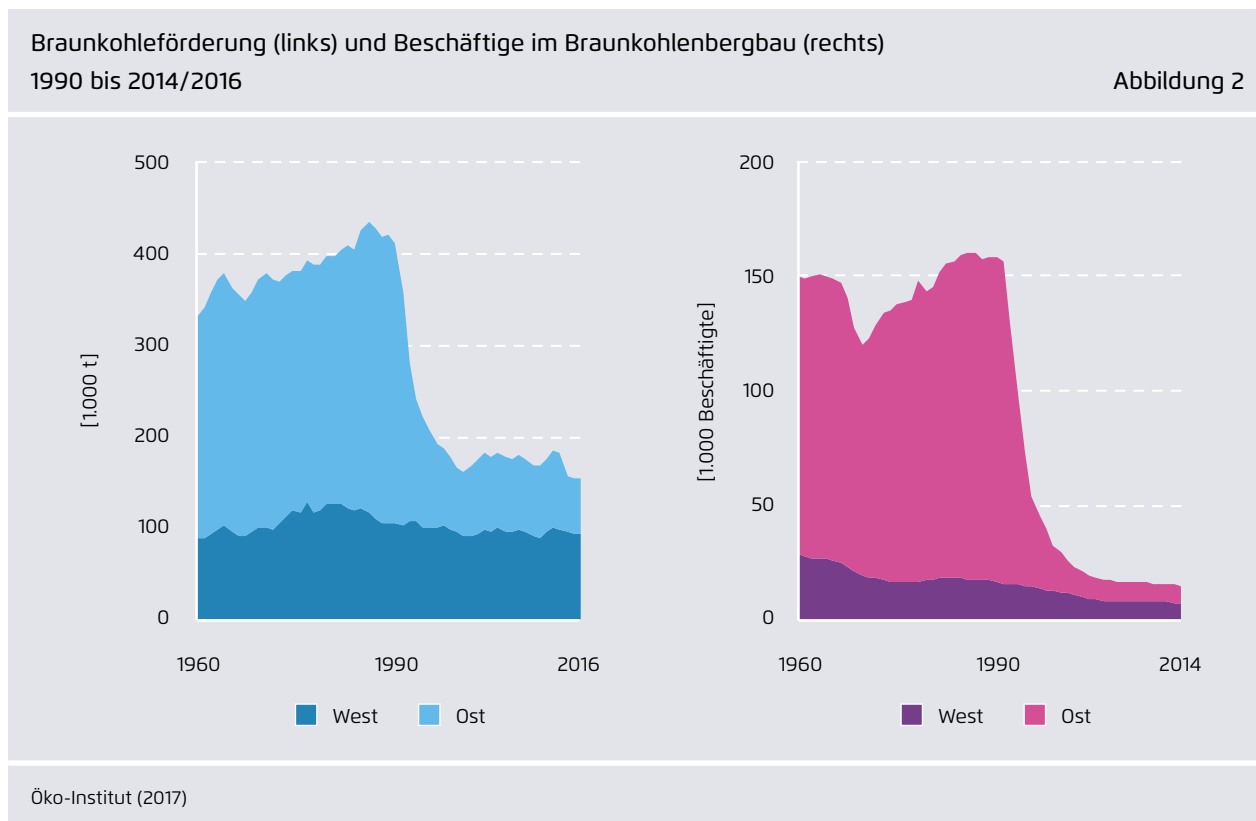
8 Öko-Institut (2017), S. 83 ff.

9 Markwardt et al. (2016)

10 Zundel, S. (2017)

11 Diese Stimmungslage ist allerdings in den neuen Bundesländern insgesamt weit verbreitet: In der Lausitz drückt sie sich unter anderem aus in der Wahl zahlreicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die keiner der bundesweit aktiven Parteien angehören.

12 Agora Energiewende (2016a), S. 15 ff.



allein die Brikettherstellung zum Einsatz im privaten und industriellen Wärmesektor zu verstehen war.¹³ In den 1970er-Jahren verfügte die Braunkohle in der DDR über einen Anteil von drei Vierteln am gesamten Primärenergieträgerverbrauch, zur Wendezeit Ende der 1980er-Jahre waren es immer noch etwa zwei Drittel.

Hinzu kommt: Nach der Wende blieb die Rolle der Braunkohle bezogen auf die Fördermenge und ihren Einsatz in Großkraftwerken auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik nahezu unverändert, während die Förderung auf dem Gebiet der früheren DDR dramatisch einbrach und sich ihr Einsatz wie im Westen schon vor der Wende mehr und mehr auf die Verstromung reduzierte. Auch dies wurde und wird in der Lausitz als ungerecht empfunden.

2.2. Der Ausstieg aus der Braunkohle als regionalwirtschaftliches Problem

Heute repräsentiert die Braunkohlenwirtschaft, gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland, nur noch einen sehr geringen Anteil von 0,045 Prozent (bezogen auf das produzierende Gewerbe sind es 0,2 Prozent).¹⁴ Gleichzeitig beträgt der Anteil von Braunkohlestrom an der nationalen Bruttostromerzeugung immer noch etwa 23 Prozent.¹⁵ Etwas mehr als jede zehnte Kilowattstunde Strom, die in Deutschland erzeugt wird, stammt aus den Braunkohlekraftwerken in der Lausitz. Zur nationalen Klimabelastung durch den Stromsektor trägt die Braunkohleverstromung in den drei Revieren dagegen mehr als doppelt so viel bei wie zur Stromerzeugung, nämlich ziemlich exakt 50 Prozent

13 Öko-Institut (2017), S. 23 ff.

14 Öko-Institut (2017, S. 83 ff.

15 AG Energiebilanzen (2017)

(2016)¹⁶. Die Emissionen allein der Braunkohlekraftwerke liegen damit auf dem gleichen Niveau wie der gesamte Verkehrssektor Deutschlands. Das bedeutet: Einerseits ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohleverstromung relativ gering. Andererseits können weder die mittel- noch die langfristigen Klimaschutzziele ohne einen beschleunigten Ausstieg aus der Braunkohle erreicht werden. Um das nationale Mittelfristziel einer Treibhausgasreduktion um 55 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 zu erreichen, muss die Braunkohleverstromung in den kommenden 13 Jahren mehr als halbiert werden.¹⁷

So überschaubar die bundesweite Bedeutung der Braunkohlenwirtschaft inzwischen hinsichtlich der

Wertschöpfung als auch bezogen auf die Beschäftigtenzahlen geworden ist, so gewichtig ist sie nach wie vor in den Braunkohleregionen selbst. Zahlreiche Untersuchungen zur aktuellen Bedeutung der Braunkohlenwirtschaft und ihres schrittweisen Auslaufens in den kommenden Jahren und Jahrzehnten kommen deshalb – bei allerdings erheblichen Unterschieden im Detail¹⁸ – zum selben Ergebnis: Wer Wohlfahrtseinbußen in den betroffenen Regionen von vornherein gegensteuern will, ist gut beraten, den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung schrittweise zu gestalten und vor allem proaktiv zu steuern und dies auch finanziell abzusichern. Übergreifendes Ziel dabei ist, dass in den betroffenen Regionen neue Wertschöpfung in dem Maße entsteht, in dem die Wertschöpfung aus der Braunkohleverstromung

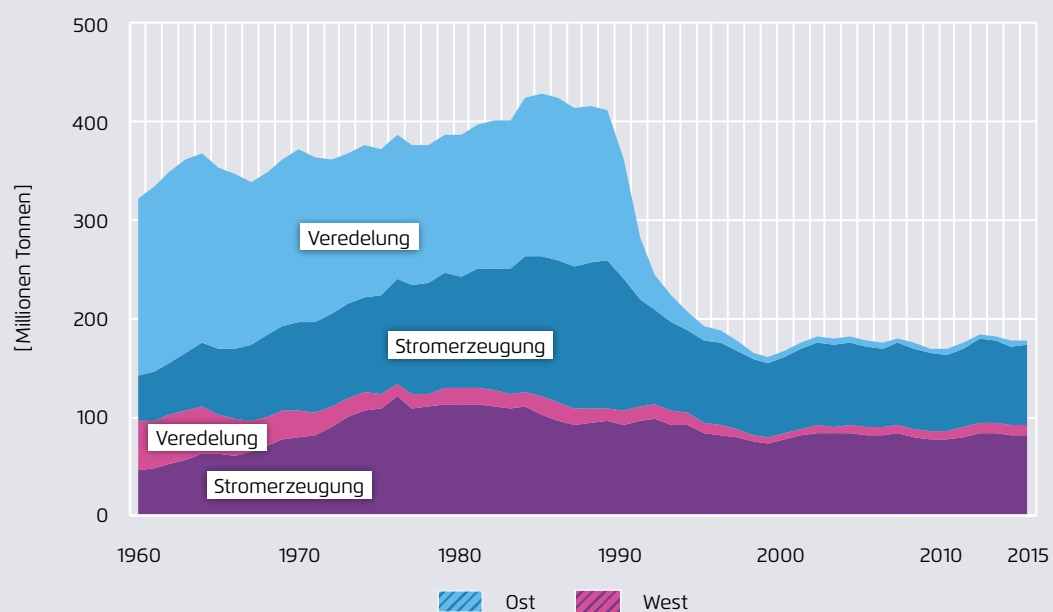
16 Umweltbundesamt (2017)

17 Agora Energiewende (2017a)

18 siehe Studienzusammenstellung in Öko-Institut (2017), S. 86 ff.

Entwicklung der Braunkohlenverwendung, 1960 bis 2015

Abbildung 3



Hinweis: Ab 1995 liegen die Energiebilanzen für Ost und West nicht mehr getrennt vor. Die Zeitreihen wurden für diese Darstellung deshalb auf Basis verfügbarer Daten für die Jahre 2000, 2010 und 2015 durch eigene Berechnung abgeschätzt. Öko-Institut (2017) auf Basis von Statistik der Kohlenwirtschaft

schrittweise zurückgeht. Gleichzeitig handelt es sich um räumlich eng umrissene Veränderungen, die ein wirtschaftlich prosperierendes Land, das Deutschland seit vielen Jahren ist, ökonomisch problemlos bewältigen kann.

De facto haben der Kohleausstieg und der damit verbundene neuerliche Strukturwandel in der Lausitz bereits begonnen. Folgende Entwicklungen aus der jüngeren Vergangenheit seien dafür beispielhaft genannt:

- Seit 2002 ist die Zahl der direkt Beschäftigten in den Unternehmen der Braunkohlewirtschaft deutschlandweit, aber auch in der Lausitz, um etwa 20 Prozent gesunken, obwohl die installierte Kraftwerksleistung im selben Zeitraum leicht gestiegen ist und die Braunkohleförderung ausgeweitet wurde. Der wachsende Kostendruck durch geringere Margen bei der Stromerzeugung hat also bereits Spuren bei den Beschäftigtenzahlen in den Regionen hinterlassen.¹⁹
- Im Rahmen der von der Bundesregierung 2015 beschlossenen Braunkohle-Sicherheitsbereitschaft werden deutschlandweit 2,7 Gigawatt Braunkohleleistung stillgelegt, darunter die Blöcke E und F des Kraftwerks Jämschwalde mit je etwa 500 Megawatt elektrisch in den Jahren 2018/19.
- Der Verkauf der deutschen Braunkohlesparte des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall an die tschechischen Unternehmen EPH und PPF Investments war 2016, obwohl vonseiten des Vattenfall-Eigentümers auch klimapolitisch motiviert, das bis dahin deutlichste Signal aus der Energiewirtschaft, dass auch sie von einer beschleunigten Reduzierung der Braunkohleverstromung in Deutschland ausgeht.²⁰

- Das Ende März 2017 vom Vattenfall-Nachfolgeunternehmen Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEAG) veröffentlichte Revierkonzept machte deutlich, dass auch die neuen Eigentümer der regionalen Braunkohlewirtschaft nur noch mit einer überschaubaren Zukunft des Lausitzer Braunkohlereviers kalkulieren.²¹
- Der von der Bundesregierung im November 2016 verabschiedete *Klimaschutzplan 2050* sieht die Halbierung der CO₂-Emissionen aus der Energiewirtschaft bis 2030 vor. Die Details sollen unter anderem in einer Kommission Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung ausgehandelt werden, die ihre Ergebnisse noch 2018 vorlegen soll.²²
- Schließlich veröffentlichten die Landesregierungen Brandenburgs und Sachsens im Juni 2017 das *Grundsatzpapier „Gemeinsam für die Zukunft der Industrieregion Lausitz“*, in dem festgehalten wird, dass Globalisierung, internationaler Wettbewerb ebenso wie die Umwelt- und Klimapolitik das Wirtschaftsleben in der Region beeinflussen und „für eine Beschleunigung des Strukturwandels“ sorgen.²³

Gerade mit der gemeinsamen Kabinettsitzung in der Lausitz sandten die beiden betroffenen Landesregierungen ein Signal aus, das auch in der Region selbst angekommen ist. Viele Akteure vor Ort handeln bereits nach dem Motto: „Wir haben verstanden.“ Sie bereiten sich vor auf eine Zukunft mit immer weniger Braunkohleverstromung in der Lausitz.

19 Öko-Institut (2017), S. 83ff.

20 Vattenfall musste sogar noch einen Milliardenbetrag zahlen, um sich von seiner Braunkohlesparte zu trennen; siehe *Manager-Magazin* (16.04.2016)

21 LEAG (2017)

22 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016)

23 Landesregierungen Brandenburg und Sachsen (2017)

3. Konzepte, Ideen und Initiativen zum Strukturwandel in der Lausitz

3.1. Die Ausgangslage: Ökonomische Basisdaten der Lausitz und die Rolle der Braunkohle

Mehr als zwanzig Jahre nach dem in der Region als traumatisch erlebten wendebedingten Strukturbruch mit dem Verlust von etwa 90 Prozent der damaligen Braunkohlearbeitsplätze hat sich die wirtschaftliche Lage in der Lausitz deutlich entspannt. Die ökonomischen Kennzahlen in der brandenburgischen Lausitz zeigen „in der jüngeren Vergangenheit einen sehr positiven Trend“, konstatiert das Gutachten *Strukturwandel in der Lausitz* eines Projektteams der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU)

Cottbus-Senftenberg aus dem Jahr 2016, das im Auftrag der brandenburgischen Landesregierung erstellt wurde.²⁴ Erhebungen entsprechender wirtschaftlicher Globaldaten für die sächsische Lausitz (sie umfasst die Landkreise Görlitz und Bautzen) zeigen eine vergleichbare Tendenz (s. Tabelle 1).

Die Arbeitslosenquoten entwickeln sich seit mehr als einer Dekade deutlich positiv, bei allerdings von Land-

24 Markwardt et al. (2016). Die nachfolgenden Zahlen sind, wenn nicht anders gekennzeichnet, diesem Gutachten (Zahlen für 2013) oder vorläufigen Ergebnissen einer Nachfolgearbeit; Zundel, S. (2017, Zahlen für 2014) entnommen.

Ausgewählte wirtschaftliche Indikatoren in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz (2014).

Tabelle 1

Region	Stadt Cottbus	Dahme-Spree-wald	Elbe-Elster	Ober-spree-wald-Lausitz	Spree-Neiße	Brandenburgische Lausitz	Görlitz	Bautzen	Gesamte Lausitz
Einwohner ^(a)	99.491	161.952	104.997	112.896	118.030	607.366	260.188	306.570	1.174.124
BIP je Einwohner ^(a)	30.581 €	32.309 €	21.257 €	22.901 €	35.128 €	28.847 €	24.582 €	23.045 €	26.307 €
BIP je Erwerbstätigen ^(b)	49.453 €	72.899 €	50.131 €	52.064 €	88.629 €	62.861 €	63.063 €	56.823 €	57.654 €
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^(c)	44.815	56.648	32.303	38.756	36.560	209.082	82.461	108.261	399.804
Arbeitslosenquote ^(c)	11 %	6,8 %	11,4 %	12,5 %	10,3 %	10,1 %	11,8 %	8,8 %	10,1 %
Beschäftigte verarbeitendes Gewerbe ^(d)	1.628	5.430	5.895	6.606	8.871	28.430	17.446	24.709	70.585
(a) Statistisches Bundesamt 2015 (b) Markwardt et al. 2016; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2016, 2016 (c) Bundesagentur für Arbeit 2015 (d) Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2017 (e) ifo Dresden									

Zundel, S. (2017)

kreis zu Landkreis erheblichen Unterschieden (insbesondere profitieren die Landkreise Dahme-Spreewald und Bautzen von den angrenzenden Wirtschaftsstandorten Berlin und Dresden). Insgesamt sank die Zahl der Arbeitslosen etwa im brandenburgischen Teil der Lausitz zwischen 2004 und 2014 um mehr als die Hälfte von 71.500 auf weniger als 33.000 (bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von etwa 400.000 im Jahr 2014).

Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf lag 2014 im Durchschnitt der gesamten Lausitz (bei auch hier regional großen Unterschieden, siehe Tabelle 1) mit 26.307 Euro deutlich über den Durchschnittswerten für Sachsen mit 24.226 Euro und Brandenburg mit 23.383 Euro, jedoch immer noch deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von über 36.211 Euro^{25,26}. Die nominale Wirtschaftsleistung ist

jedoch in der Lausitz seit 2004 deutlich stärker angestiegen als in Gesamtdeutschland und in Brandenburg. Ähnliches gilt für die gesamtwirtschaftliche Produktivität, gemessen als nominales BIP je Erwerbstätigem, ein Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Die Lausitz ist nicht nur, aber vor allem durch den Braunkohlebergbau und die Energiewirtschaft eine industriell geprägte Region. Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung beträgt in Südbrandenburg 31,4 Prozent, in Brandenburg 27,1 Prozent und in Deutschland insgesamt 22,3 Prozent (Zahlen für 2014).²⁷ Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre hebt sich in der Lausitz insbesondere sehr positiv ab von anderen peripheren Regionen Brandenburgs und Ostdeutschlands.

25 Statista (2017)

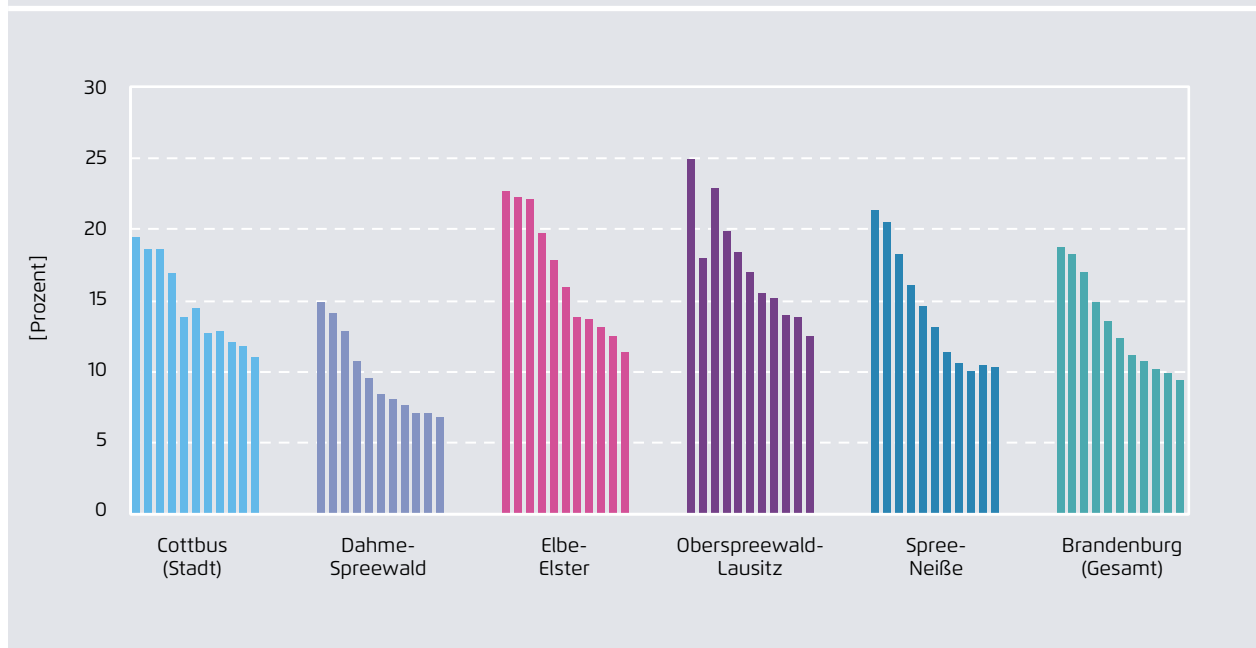
26 Die hier verwendeten Zahlen beziehen sich aus Gründen der Vergleichbarkeit alle auf 2014, weil für die Lausitz

neuere Gesamtzahlen noch nicht zur Verfügung standen; alle Zahlen sind entsprechend der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung seither weiter gestiegen.

27 Lange, H. R.; Krüger, W. (2017)

Verlauf der Arbeitslosenquote in der brandenburgischen Lausitz nach Landkreisen und in Brandenburg 2004 bis 2014

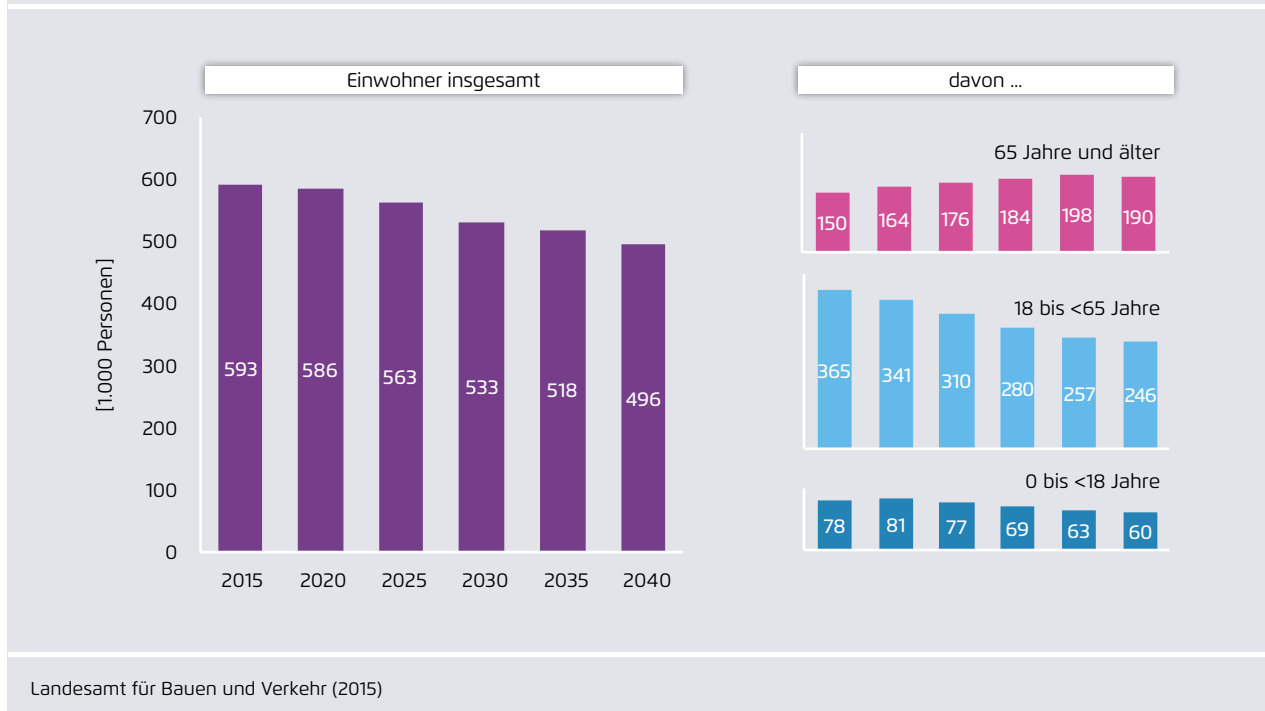
Abbildung 4



Bundesagentur für Arbeit

Prognostizierte Bevölkerungs- und Altersentwicklung in der brandenburgischen Lausitz, 2015 bis 2040

Abbildung 5



Deutlich weniger erfreulich als die globalen Wirtschaftsindikatoren entwickeln sich dagegen seit vielen Jahren die demografischen Daten – ein Trend, der sich nach Vorhersagen in den kommenden Jahren mindestens in den eher peripheren Regionen der Lausitz fortsetzen dürfte. 2014 lebten knapp 1,2 Millionen Menschen in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz. Doch die Folgen des harten demografischen Einschnitts nach der politischen Wende von 1989 dauern an und der Fachkräftemangel nimmt Jahr für Jahr zu. Prognosen gehen davon aus, dass die brandenburgische Lausitz zwischen 2015 und 2040 fast ein Drittel ihrer Erwerbspersonen verlieren könnte, das Durchschnittsalter steigt im selben Zeitraum kräftig. In absoluten Zahlen würde das einen Verlust von mehr als 100.000 potenziellen Erwerbspersonen bis 2040 bedeuten²⁸ (vgl. Abbildung 5). Die Tendenz im sächsischen Teil der Lausitz stellt sich ähnlich dar. Zwar ist aktuell in einigen

Regionen der Lausitz, insbesondere in dem an Berlin angrenzenden Dahme-Spreewald-Kreis, eine Umkehr der Wanderungsbewegung zu beobachten, doch reicht dies bisher bei Weitem nicht aus, den demografischen Verlust aus der Nachwendezeit insgesamt zu kompensieren.

Im Ergebnis ist auch bei einem weiteren Strukturwandel durch den schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung nicht mit einer neuerlichen Massenarbeitslosigkeit zu rechnen. Vielmehr muss es darum gehen, die Attraktivität der Region so zu steigern, dass sich Arbeitskräfte in weit stärkerem Maß als bisher dort ansiedeln und in der Region ausgebildete Fachkräfte nach ihrer Ausbildung bleiben. Die Anwerbung, Qualifizierung und Mobilisierung von Fachkräften gehört deshalb zu den Kernaufgaben bei der Bewältigung des laufenden und des bevorstehenden Strukturwandels.

28 Zundel, S. (2017)

Außerdem wird aus den genannten Wirtschaftsin-
dikatoren für die Lausitz deutlich, dass es hier bei
der Gestaltung des Strukturwandels nicht – wie bei
der herkömmlichen Wirtschaftsförderung einer
strukturschwachen Region – um die Initiierung
eines Aufholprozesses geht, sondern vorrangig um
die Vermeidung eines neuerlichen wirtschaftlichen
Niedergangs.

Die Braunkohlenwirtschaft ist aktuell die wichtigste
Branche im Industriegebiet Lausitz. Sie steht für
13 Prozent der Bruttowertschöpfung in Südbranden-
burg. Weitere Arbeitsplätze im Handel, im Dienst-
leistungssektor und Baugewerbe hängen von ihr ab.²⁹
Das sind gewichtige Zahlen. Gleichzeitig jedoch liegt
der Anteil der im Bergbau und in der Energieerzeu-
gung Beschäftigten bezogen auf die ganze Lausitz bei
unter fünf Prozent.³⁰ Die Region ist also keineswegs
allein abhängig von diesem Sektor ihrer Wirtschaft,
es herrscht keine industrielle Monostruktur, sondern
eine auch im Regionenvergleich überdurchschnittlich
diversifizierte Industriestruktur. Ansätze für einen
erfolgreichen Strukturwandel sind vorhanden. Jedoch
sollte nicht der Eindruck vermittelt werden, als
könnte eine Eins-zu-eins-Transformation bestehen-
der Industriearbeitsplätze in der Energiewirtschaft
in neue Industriearbeitsplätze gelingen, womöglich
sogar erneut in der Energiewirtschaft. Ziel sollte es
dennoch sein, möglichst viele dieser Arbeitsplätze für
eine Energiewendewirtschaft zu erhalten.

Die Autoren des Gutachtens der BTU Cottbus-
Senftenberg mahnen vor diesem vielschichtigen
Hintergrund in der politischen Kommunikation
„nicht der Versuchung nachzugeben, die drohende
Verelendung der Region heraufzubeschwören“. Die
Situation in der Lausitz sei „sehr ernst, aber eine
ökonomische Katastrophe wie in den 1990er-Jahren
droht nicht“.³¹

29 Schäfer, K.; Sannig, J.; Krüger, W. (2017), S. 75 f.

30 Zundel (2017)

31 Markwardt et al. (2016), S. 30

3.2. Der Strukturwandel findet schon statt

Tatsächlich hat der Strukturwandel wegen des an-
stehenden Abschieds von der Kohleverstromung
schon begonnen, nicht nur im globalen Maßstab³²,
sondern auch in Deutschland. Er beginnt nicht erst,
wenn die Politik den Fahrplan für einen Abschied
von der Kohleverstromung per Gesetz verkündet
oder sich mit der Braunkohlewirtschaft im Konsens
verständigt haben wird.

Die Zahl der Beschäftigten in der Braunkohlen-
wirtschaft schrumpft bereits seit Jahren, nicht nur
in der Lausitz, aber auch dort. Nach den Statistiken
des Braunkohlenverbands DEBRIV sank die Zahl
der bundesweit im Braunkohlebergbau und den
Braunkohlekraftwerken direkt Beschäftigten zuletzt
binnen eines Jahres zwischen Ende 2015 und Ende
2016 um 4,3 Prozent auf eine Marke von knapp unter
20.000. Diese Zahl umfasst zudem Auszubildende,
Mitarbeiter in der passiven Phase der Altersteilzeit
und Beschäftigte der Lausitzer und Mitteldeutschen
Bergbau-Verwaltungsgesellschaft LBMV, die in der
Rekultivierung der Alttagebaue der früheren DDR
tätig sind.³³ Damit ist ein Trend vorgegeben, der sich
mit der bevorstehenden Schließung zweier Blöcke des
Kraftwerks Jänschwalde und den Auswirkungen des
Ende März 2017 veröffentlichten *Revierkonzepts für
die Lausitz* der LEAG fortsetzen wird.

Die politischen Entscheidungen und Ankündigun-
gen der vergangenen Jahre haben die zu erwartende
Entwicklung zunehmend ins Rampenlicht gerückt.
Die Überführung der Blöcke E und F des Kraft-
werks Jänschwalde in die sogenannte Braunkohle-
Sicherheitsbereitschaft als Beitrag zur Erreichung
des Klimaschutzziels 2020 löst faktisch die erste
außerplanmäßige Abschaltung von Kraftwerkska-
pazität in der Lausitz aus. Diese Entscheidung der
Bundesregierung vom Herbst 2015, die aus Klima-

32 Rocholl, M. (2017), S. 43 ff.

33 Öko-Institut (2017), S. 83 ff.

schuttsicht keinesfalls ausreichend sein wird, um das 2020-Klimaschutzziel zu erreichen, wirkte dennoch wie ein Weckruf, dass der Abschied von der Braunkohle in der Lausitz nun tatsächlich beginnen würde. Durchgesetzt hat sich seither vor Ort und auch in den Landeshauptstädten Brandenburgs und Sachsens eine neue Lesart der bevorstehenden Entwicklung – als eine, die letztlich unausweichlich ist.

Die „konsolidierte Revierplanung“, die die LEAG als neuer Eigentümer der Lausitzer Braunkohlekraftwerke und -tagebaue am 30. März 2017 veröffentlichte, zog erstmals Konsequenzen aus der nationalen und internationalen Diskussion über Energiewende und Klimaschutz. Im Einzelnen beschloss der Aufsichtsrat der Lausitz Energie Bergbau AG:

- keinen Kraftwerksneubau am Standort Jänschwalde mehr anzustreben (auch nicht mit CCS-Technologie) und den Neuaufschluss des geplanten Tagebaus Jänschwalde-Nord endgültig zu verwerfen;
- den bestehenden Tagebau Jänschwalde bis voraussichtlich 2023 zu schließen und die dann noch in Betrieb befindlichen Blöcke des Kraftwerks Jänschwalde mit Braunkohle aus dem Süden des Reviers zu betreiben;
- vom geplanten Abbaugbiet 2 des Tagebaus Nochten (Nochten 2) nur noch den kleineren Teil, das sogenannte Sonderfeld Mühlrose, zur Versorgung des Kraftwerks Boxberg in Anspruch zu nehmen. Bei Umsetzung dieses Plans müssten statt 1.700 nur noch 200 Bürgerinnen und Bürger in diesem Gebiet umgesiedelt werden;
- die Investitionsentscheidung für den Tagebauabschnitt Welzow-Süd II auf spätestens 2020 zu verschieben und sie von der bis dahin eingetretenen Strompreisentwicklung und sonstigen politischen Rahmenbedingungen abhängig zu machen;
- Planungen für einen Aufschluss der Tagebaufelder Bagenz-Ost und Spremberg-Ost nicht weiter zu verfolgen, gleichzeitig aber den Tagebau Reichswalde plangemäß entsprechend den genehmigten Planungen fortzuführen.

Die Veröffentlichung des Revierkonzepts durch die LEAG wurde in der Region und darüber hinaus von den meisten Beteiligten einerseits als Beendigung großer Unsicherheit für die Betroffenen und Beitrag zur Planungssicherheit für die regionale Wirtschaft begrüßt, andererseits als Zuspitzung der Debatte über die nur noch befristete Fortführung der Braunkohle-verstromung mit Bedauern zur Kenntnis genommen.³⁴

Zwei Forderungen als Konsequenz aus der LEAG-Zukunftsplanung stehen in den meisten Stellungnahmen im Vordergrund: erstens die Beschleunigung eines maßgeblich von den Akteuren der Region selbst proaktiv zu gestaltenden Strukturwandels und zweitens eine verlässliche und auf Dauer angelegte finanzielle Unterstützung durch den Bund, der in der Region in vielen Äußerungen weiter allein für die Einschränkungen der Braunkohleförderung und -verstromung in der Lausitz verantwortlich gemacht wird.³⁵

3.3. Die wichtigsten Player, ihre Rolle in der und ihre Vorschläge für die Lausitz

Die Erkenntnis, dass in der bevorstehenden Legislaturperiode auf Bundesebene wichtige Entscheidungen zu einem schrittweisen Ausstieg aus der Kohleförderung und -verstromung in der Lausitz anstehen, ruft zahlreiche Stakeholder und neue Initiativen mit Vorschlägen und Ideen auf den Plan. Sie sollen hier in Kurzform vorgestellt werden, ohne dass diese Aufzählung Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

34 Staatskanzlei Land Brandenburg (2017); Wirtschaftsinitiative Lausitz e. V. (2017); Pro Lausitzer Braunkohle e. V. (2017); IHK Cottbus (2017); Handwerkskammer Cottbus (2017); Innovationsregion Lausitz (2017)

35 Die Analyse trifft insofern zu, als zentrale Entscheidungen zum Klimaschutz tatsächlich auf Bundesebene getroffen werden.

3.3.1. Initiativen der Wirtschaft

Innovationsregion Lausitz

Die Innovationsregion Lausitz GmbH (iRL) wurde Anfang 2016 nach den Beschlüssen der Bundesregierung zur Überführung von zwei Blöcken des Braunkohlekraftwerks Jänschwalde (2018/19) in die sogenannte Sicherheitsreserve gegründet.³⁶ Unter Federführung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Cottbus beteiligen sich die Handwerkskammer Cottbus, die Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg (UVB), die Wirtschaftsinitiative Lausitz e. V. (WiL)³⁷ und die Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg. Aufbauend auf bestehenden wirtschaftlichen Potenzialen will die iRL einen Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz leisten. Konkret geht es um die Erarbeitung neuer Geschäftsfelder und die Entwicklung von Wachstumsprojekten in den betroffenen Betrieben. Insbesondere betrachtet die iRL die Stimulierung der Innovationsfähigkeit der Betriebe auch durch neue Kooperationsnetzwerke als ihre Kernaufgabe. Manko der iRL ist bisher die mangelnde finanzielle Ausstattung, die ihr eine flächendeckende Einwirkung auf den Strukturwandel nicht erlaubt. Sie finanziert sich bisher allein aus Eigenmitteln der In-

itiatoren. Die iRL versteht sich auch als Impulsgeber in der Diskussion über die notwendige Strukturierung und Orientierung der vielfältigen Initiativen und Ideen zum Strukturwandel in der Lausitz. Im Januar 2017 veröffentlichte sie dazu gemeinsam mit der IHK Cottbus unter dem Titel Das Lausitz-Papier einen vielbeachteten Vorschlag.^{38,39}

Andere Initiativen aus der und für die Wirtschaft

Neben der genannten Initiative gibt es in der Lausitz eine Reihe weiterer Organisationen und Länderprogramme zur Förderung der Wirtschaft:

- Die Wirtschaftsförderung Brandenburg⁴⁰ (bisher: ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH, ZAB) ist der zentrale Ansprechpartner im Land Brandenburg für Investoren, ansässige Unternehmen und Existenzgründer.
- „Zukunftswerkstatt Lausitz“ ist der Arbeitstitel eines Projekts mit vier Jahren Laufzeit, auf das sich der Bund und die Länder Brandenburg und Sachsen im Herbst 2016 verständigt haben und das als Modellprojekt aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) mit 7,3 Millionen Euro gefördert werden soll.⁴¹
- Regionale Wachstumskerne: Ein Programm, mit dem die Landesregierung in Brandenburg bereits seit 2004 versucht, unter dem Motto „Stärken stärken“ die Standortattraktivität zu erhöhen und die Arbeitskräfteabwanderung zu bremsen beziehungsweise umzukehren.⁴²
- Daneben gibt es vielfältige Aktivitäten der Landkreise und Kommunen zur Wirtschaftsförderung und Stimulierung von Innovationen und Industrieansiedlungen in ihrem Verantwortungsbereich, die allerdings wegen der Gewinneinbrüche in der

36 Bei der Namensgebung stand die bereits 2014 gegründete Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) mit Sitz in Jülich Pate, die jedoch im Wesentlichen von regionalen Gebietskörperschaften und dem Land NRW getragen und auch vom Wirtschaftsministerium in Düsseldorf gefördert wird.

37 Die Wirtschaftsinitiative Lausitz e. V. (WiL) bezeichnet sich selbst als „regionale Aktions- und Netzwerkplattform von und für Unternehmen in der Lausitz“. Sie richtet jährlich in einem Projekt den „Lausitzer Existenzgründer Wettbewerb LEX“ aus, ebenfalls jährlich wird von der WiL der „Lausitzer Wissenschaftstransferpreis LWTP“ ausgeschrieben. Der Verein wurde 2009 auf Initiative von BASF und Vattenfall gegründet. Von Anfang an übernahmen Vorstandsmitglieder von Vattenfall Europe Mining & Generation AG auch den Vorsitz. Nach dem Verkauf des Unternehmens 2016 blieb Michael von Bronk, nun in seiner neuen Funktion als Vorstandsmitglied der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEAG), Vereinsvorsitzender. www.wil-ev.de

38 www.innovationsregionlausitz.de

39 Lange, H. R.; Krüger, W. (2017)

40 www.wfbb.de/de; Märkische Onlinezeitung (31.05.2016)

41 Sächsische Staatskanzlei (13.09.2016)

42 www.stk.brandenburg.de

Energiewirtschaft und der dadurch ausgelösten Steuermindereinnahmen unter hohem finanziellen Druck stehen.

3.3.2. Initiativen aus Kommunal- und Landespolitik

Lausitzrunde

Die Lausitzrunde besteht formal seit dem Frühjahr 2016. Sie versteht sich als freiwilliges Bündnis von 23 Landräten, Bürgermeistern und Amtschefs aus der brandenburgischen und sächsischen Lausitz. Gemeinsam sind sie angetreten, die Interessen der Kommunen und Kreise im anstehenden Strukturwandelprozess zu vertreten. Vom Bund fordert die Lausitzrunde eine gesicherte Finanzierung für einen langfristigen Strukturwandel in der Lausitz. Die Lausitzrunde will für die Region außerdem bei der EU einen Sonderstatus als Europäische Modellregion für den Strukturwandel unter Einbeziehung der an die Kerngebiete der Kohleindustrie angrenzenden Entwicklungszonen der Lausitz erreichen (zu den Erfolgsaussichten siehe Kapitel 3.4.4.). Alternativen zu wegfallenden Industriearbeitsplätzen sollen im Bereich Forschung und Entwicklung entstehen, aber auch „mit der alternativen Nutzung der Lausitzer Braunkohle“. Die Lausitzrunde fordert einen „in der Region selbständig verwalteten Strukturfonds mit kommunaler Mitbestimmung“, der wegfallende Steuereinnahmen durch einbrechende Gewinne bei Energieunternehmen unter anderem für wichtige Infrastrukturmaßnahmen ausgleichen soll. Der Strukturfonds soll in einem Staatsvertrag zwischen dem Bund und den Ländern Sachsen und Brandenburg vereinbart werden. Die Lausitzrunde hat außerdem einen Leitbildprozess mit breiter Bürgerbeteiligung angekündigt. Sie versteht sich nach eigenen Angaben als „Bindeglied der Menschen vor Ort zu den regionalen Gesellschaften, die den Strukturwandel der Lausitz begleiten“.⁴³ Die Sprecherin der brandenburgischen Kommunen in der Lausitzrunde und Bürgermeisterin von Spremberg, Christine Herntier, ist auch Mitglied im Verein Pro Lausitzer Braunkohle (siehe unten).

Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

Die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) befindet sich derzeit in Gründung und soll aus der bisher räumlich auf die brandenburgischen Landkreise der Lausitz und die Stadt Cottbus begrenzten Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH⁴⁴ hervorgehen und diese um die Landkreise der sächsischen Lausitz erweitern. Allerdings hat bisher nur der sächsische Landkreis Görlitz beschlossen, sich der zu gründen den WRL anzuschließen. Der Landkreis Bautzen will vorerst mit dem Argument nicht beitreten, dass dazu längerfristige Finanzierungszusagen und entsprechende Budgets in den Haushalten der Länder Brandenburg und Sachsen und des Bundes ausgewiesen werden müssten.⁴⁵ Die Gesellschaft soll den Strukturwandel in der Lausitz länderübergreifend koordinieren und begleiten und so über die kommunale Ebene projektbezogene Förderungen in den Ländern, beim Bund und in der EU akquirieren. Sie beansprucht für sich die Rolle der länderübergreifenden Anlauf- und Koordinierungsstelle für den Strukturwandel in der Lausitz, deren Fehlen unter anderem vonseiten des früheren Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel (SPD) beklagt wurde.⁴⁶ Die Revitalisierung der Energieregion Lausitz-Spreewald in Gestalt der länderübergreifenden WRL gilt auch als Reflex der Regional- und Landespolitik auf die aus der regionalen Wirtschaft initiierten Gründung der Innovationsregion Lausitz (iRL).

Die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen

Die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen haben sich, weitgehend unabhängig von ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, lange gegen eine Debatte zu einem ausstiegsbedingten Strukturwandel in der Lausitz ausgesprochen. Die Braunkohle werde noch lange als Brückentechnologie für die Energiewende benötigt, deshalb gebe es keinen Grund für einen Kurswechsel. Bis zum Herbst 2016 wurden Fondslösungen auf Bundes- und Landesebene folge-

43 www.lausitzrunde.de

44 www.energieregion-lausitz.de

45 Lausitzer Rundschau (29.06.2017)

46 Jurk, T. (2016)

richtig abgelehnt. Diese Situation hat sich in jüngster Zeit, insbesondere nach der Vorstellung des sogenannten Revierkonzepts durch die LEAG, den neuen Eigentümer der Braunkohletagebaue und Kraftwerke in der Lausitz, Ende März 2017 geändert.

Nach einer gemeinsamen Kabinettsitzung verabschiedeten beide Landesregierungen im Juni 2017 das *Grundsatzpapier „Gemeinsam für die Zukunft der Industrieregion Lausitz“*, in dem sie die „Beschleunigung des Strukturwandels“ in der Lausitz durch Globalisierung, internationalen Wettbewerb, Umwelt- und Klimapolitik als gegeben anerkennen und dafür eintreten, dass die Lausitz zu einer Modellregion des Strukturwandels entwickelt wird. Dazu müsse die Region mit „zusätzlichen flexiblen und bürokratiearmen Finanzierungs- und Förderinstrumenten des Bundes und der EU ausgestattet“ werden.

Vom Bund fordern die beiden Länder für den Zeitraum 2019 bis 2024 einen Ausgleich von „mindestens 1,2 Milliarden Euro für Projekte zur Strukturentwicklung in der Lausitz über bereits verabredete Infrastrukturprojekte hinaus“. Von der EU verlangen Brandenburg und Sachsen „niedrige Hürden beim Beihilferecht“, um im internationalen Wettbewerb um Großansiedlungen von Unternehmen nicht chancenlos zu sein. Neben Innovation, Forschung und Entwicklung sowie Wirtschaftsförderung sehen sie die Infrastrukturentwicklung als vorrangiges Aufgabefeld der kommenden Jahre.^{47,48}

3.3.3. Wissenschaft und Forschung

BTU Cottbus-Senftenberg, Hochschule Zittau/Görlitz
Den regionalen Hochschulen wird von den Stakeholdern in der Lausitz, insbesondere auch vonseiten der Politik, fast gleichlautend eine gewichtige, wenn nicht entscheidende Rolle als Treiber der Innovationsfähigkeit der in der Region ansässigen Unternehmen zugewiesen. Ihr (energie)technisch geprägtes Profil soll für eine ebenfalls starke Rolle der Lausitz in

der neuen Energiewendewirtschaft genutzt werden. Allerdings steht dieser hohe Anspruch an die Hochschulen in einem erheblichen Missverhältnis zu ihrer gegenwärtigen finanziellen Ausstattung. Insbesondere Brandenburg rangiert bei wesentlichen Indikatoren zu den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung beziehungsweise der Grundfinanzierung seiner Hochschulen unter den Bundesländern auf den allerletzten Plätzen. Gleiches gilt für die Aufwendungen der Unternehmen im Land für Forschung und Entwicklung.⁴⁹ Diese mangelnde Ausstattung trifft auch die Lausitz als Region.

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg und die ebenfalls technisch ausgerichtete Hochschule Zittau/Görlitz selbst sehen ihre Rolle in der Kooperation mit der Wirtschaft, aber auch im Ausbau der wissenschaftlichen Forschung längst nicht mehr nur im Zusammenhang mit dem überkommenen Energiesystem (Bergbau und fossile Verstromung), sondern vor allem mit den Innovationsanforderungen im Rahmen der Transformation des Energiesystems und anderer Wirtschaftssektoren. Manche sehen ihre Zukunft gerade in der Kooperation mit Unternehmen, die im künftigen Energiesystem eine innovative Rolle spielen wollen, während der Versuch, gegenüber den großen Technischen Universitäten in Berlin und Dresden konkurrenzfähig zu werden, eher pessimistisch eingeschätzt wird.

Im Ergebnis befinden sich die Hochschulen in der Lausitz in einem andauernden Spagat zwischen Spitzen- und anwendungsorientierter Forschung, in der sie einerseits an wissenschaftlicher Exzellenz gewinnen sollen und auch wollen (Stichwort: DFG-Fähigkeit) und ihnen andererseits als „Hochschule der Region“ in der Transferstrategie für die Lausitz eine zentrale Funktion zugewiesen wird. Dazu bedarf es nicht nur, aber zuerst entsprechender Kapazitäten und Ressourcen.⁵⁰

47 Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen (2017)

48 Sächsische Staatskanzlei (13.06.2017)

49 Berger, W.; Schnellenbach, J. (2017), S. 27 f. und 15 f.

50 Berger, W.; Schnellenbach, J. (2017), S. 21

3.3.4. Initiativen der Zivilgesellschaft

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Zukunft der Braunkohle bringt es mit sich, dass sich in der Region in der Vergangenheit zahlreiche Initiativen, Vereine und Organisationen pro und kontra einer Fortsetzung der Braunkohleförderung und -verstromung gebildet haben. Die Kontroverse war und ist nicht nur Ausdruck unterschiedlicher weltanschaulicher Vorstellungen, sondern auch Ausdruck diametral gegenläufiger Interessenlagen, die im Übrigen auch unabhängig von der Energiewendebatte und schon vor ihr bestanden: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die um sichere und vergleichsweise gutbezahlte Arbeitsplätze fürchten, auf der anderen Umweltschützer und von Umsiedlung bedrohte Bürgerinnen und Bürger an den Tagebauen.

Diese Diskussion in traditionellen Bahnen erscheint jedoch vor dem Hintergrund aktueller Entscheidungen zum Klimaschutz zeitlich befristet. Sie neigt sich ihrem Ende zu, weil über die Endlichkeit der Braunkohleverstromung im Prinzip entschieden ist und die Frage, was danach folgt, mit jeder konkreten Entscheidung zur Reduzierung der Kohleverstromung mehr in den Vordergrund rückt. Diese neue Situation eröffnet Chancen zur gesellschaftlichen Befriedung.

Pro Lausitzer Braunkohle e. V.

Beispielhaft für den Kampf für ein möglichst langes Überleben der Braunkohleverstromung steht der 2011 gegründete Verein Pro Lausitzer Braunkohle e. V., der die Braunkohle auch auf lange Sicht für unverzichtbar erklärt, mindestens jedoch als Brückentechnologie, die für ein sicheres und bezahlbares Energiesystem noch bis Mitte des 21. Jahrhunderts genutzt werden müsse. Der umtriebige Verein, der sich selbst als „heimatverbundene Bürgerbewegung“ einstuft, ist traditionell in seiner Argumentation weitgehend deckungsgleich mit den Verlautbarungen der Braunkohlenwirtschaft und der in diesem Bereich federführenden Gewerkschaft IG BCE. Satzungsgemäßer Zweck des Vereins ist die „Förderung und Stärkung des gesellschaftlichen Engagements für den weiteren

Bestand der Braunkohleförderung zur Absicherung der bestehenden Strukturen“.⁵¹

Braunkohlekritische Initiativen

Auf der anderen Seite streiten zahlreiche lokale und regionale Organisation und Gruppen gegen eine Fortsetzung der Braunkohleförderung, gegen weitere Umsiedlungen und Ausweitungen der Tagebaue.

Die Umweltgruppe Cottbus wurde 1987 als Teil der DDR-Bürgerrechtsbewegung gegründet und 1990 Teil des Umweltnetzwerks Grüne Liga e. V., in dem sie inzwischen als Bundeskontaktstelle für das Thema Braunkohle arbeitet. Sie vertritt die Umweltbelange auch im Braunkohleausschuss des Landes Brandenburg und steht Vorschlägen zum Strukturwandel aus der traditionell pro Braunkohle eingestellten regionalen Wirtschaft skeptisch gegenüber.^{52,53} Die Bürgerinitiative „Klinger Runde“ gründete sich 2007 angesichts der Planung neuer Tagebaufelder und trat später auch bei den Wahlen zum Kreistag Spree-Neiße an. Das Bündnis „Strukturwandel jetzt – kein Nochten II“ ist im sächsischen Teil des Kohlreviers aktiv und vereint neben Umweltschützern und Anwohnern des Tagebaus auch Parteipolitiker. Die „Allianz für Welzow“ setzt sich gegen den Aufschluss des Teilfeldes II des Tagebaues Welzow-Süd ein, gegen den Tagebau Jänschwalde-Nord engagierte sich die von der Planung betroffene Gemeinde Schenkendöbern gemeinsam mit ihrer Agenda21-Gruppe und zahlreichen Bürgern der Nachbarstadt Guben. Die bundesweit agierenden Umweltorganisationen NABU, BUND und Greenpeace sind mit regionalen Gruppen in der Lausitz vertreten. Seit 2011 findet jährlich ein Lausitzer Energie- und Klimacamp statt. Die vielfältigen Organisationen unterscheiden sich zum Teil in ihren Protestformen gegen die Braunkohle, fordern aber gemeinsam einen gestalteten Strukturwandel, an dessen Umsetzung auch die

51 www.pro-lausitz.de

52 www.kein-tagebau.de

53 Schuster, R. (2016)

Kohlekritiker und Umweltschützer beteiligt werden müssten. Durch die Beteiligten an der Lausitzrunde fühlen sie sich nicht vertreten, weil diese sämtlich Anhänger der Braunkohle seien.

Evangelische Landeskirche

Jenseits der Lager pro und kontra Braunkohleverstromung gab es von jeher gesellschaftliche Organisationen, die um Ausgleich und Moderation zwischen den Kontrahenten bemüht waren. Zu ihnen zählt vor allem die evangelische Kirche mit einer eher braunkohlekritischen Haltung, die im Zusammenhang mit der Braunkohleförderung und -verstromung aus dem kirchlichen Auftrag der Bewahrung der Schöpfung abgeleitet wird. So hat die Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz beschlossen, ein Zentrum für Dialog und Wandel zu gründen, das im September 2017 seine Arbeit aufnahm. Der Görlitzer Generalsuperintendent Martin Herche erhofft sich von dem Zentrum einen „Ort des gesellschaftlichen Dialogs, das im Ringen um eine gute Zukunft für die Lausitz“ eine wichtige Rolle spielt. Das Zentrum soll für „die Gestaltung des Wandels einen Freiraum zum aufeinander Hören und miteinander Sprechen bieten“. Das Zentrum hat seinen Sitz im Cottbusser Ortsteil Kahren und wird von Pfarrer Burkhard Behr geleitet.^{54,55}

Lausitzer Perspektiven e. V.

Mit der zunehmenden Einsicht in die Unausweichlichkeit des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung und -verstromung und des damit verbundenen Strukturwandels kommen in jüngster Zeit neue Initiativen aus der Zivilgesellschaft hinzu, die die Zukunft der Lausitz nach der Braunkohle mitgestalten und dabei die gesellschaftlichen Spaltungen allmählich überwinden wollen. Zu ihnen gehört der Verein Lausitzer Perspektiven, der 2016 mit einer *Lausitzer Erklärung* an die Öffentlichkeit trat. Sie beginnt mit

dem Satz: „Die Lausitz liegt uns am Herzen.“^{56,57} Der Verein versteht sich als unabhängige Bürgerplattform. Er engagiert sich nach eigenen Angaben für einen Strukturwandel in der Lausitz jenseits politischer, sozialer und weltanschaulicher Präferenzen. Dabei verstehen sich die Lausitzer Perspektiven als Ansprechpartner und Plattform für lokale, regionale, nationale und internationale Initiativen für eine nachhaltige Regionalentwicklung.

Der Verein setzt sich dafür ein, dass Arbeit und Umwelt, Wohlstand und die Zerstörung der Lebensgrundlagen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Außerdem will der Verein über die brandenburgische und sächsische Lausitz hinaus im gesamten historischen Kulturraum der Lausitz aktiv werden. Das bedeutet, dass ihre Aktivitäten sich auch auf die benachbarten Regionen im polnischen und tschechischen Grenzgebiet beziehen. Um zusätzliche Kräfte für den anstehenden Wandel freizusetzen, fordert der Verein die Entwicklung eines neuen Leitbilds, das von möglichst vielen Menschen in allen Teilen der Lausitz gemeinsam erarbeitet und ausgehandelt werden soll. Hierzu wollen die Lausitzer Perspektiven beitragen mit Veranstaltungen, Bildungsprojekten, Information und Vernetzung der Bürgerinnen und Bürger und der regionalen Körperschaften, Unternehmen, Vereine und Initiativen. Außerdem soll der regionale, nationale und internationale Erfahrungsaustausch zwischen Regionen mit vergleichbaren Herausforderungen und Chancen gestärkt werden.

54 www.ekbo.de

55 Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (2016)

56 www.lausitzer-perspektiven.de

57 Lausitzer Perspektiven e.V. (2016)

3.4. Die Player auf Bundesebene und die Rolle der EU

3.4.1. Die Rolle der Bundespolitik

Bundesregierung

Die Bundesregierung hat erklärt, dass 2018 im Rahmen der Umsetzung der 2030-Sektorziele des *Klimaschutzplans 2050* konkrete weitere Klimaschutzmaßnahmen beschlossen werden sollen.⁵⁸ Hierzu wird zwangsläufig auch die schrittweise Schließung von Kohlekraftwerken zählen, da anders das Sektorziel 2030 der Energiewirtschaft nicht erreicht werden kann. Als Konsequenz aus dieser Erkenntnis bemüht sich die überregionale Politik stärker als bisher, die Weichen der Energiewende so zu stellen, dass sich der Wandel möglichst ohne Strukturbrüche vollzieht. Im Kern geht es um Hilfe zur Selbsthilfe für besonders betroffene Regionen.

Bereits 2016 hat sich die Bundesregierung in einem ersten Schritt mit den Ländern darauf verständigt, die Landkreise in der Lausitz in den nächsten vier Jahren im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) mit insgesamt 7,3 Millionen Euro zu fördern.

Darüber hinaus heißt es in dem von der Bundesregierung verabschiedeten *Klimaschutzplan 2050* vom November 2016:

„Die Klimaschutzziele können nur erreicht werden, wenn die Kohleverstromung schrittweise verringert wird. Bei der Gestaltung dieser Entwicklung müssen die wirtschaftlichen Perspektiven und die Arbeitsplätze in den betroffenen Revieren berücksichtigt werden. Es muss vor allem gelingen, in den betroffenen Regionen konkrete Zukunftsperspektiven zu eröffnen, bevor konkrete Entscheidungen für den

schrittweisen Rückzug aus der Braunkohlenerwirtschaft erfolgen können. Dafür brauchen wir eine regional- und industriepolitische Strategie, die den Strukturwandel konkret gestaltet und die Unternehmen und ihre Arbeitsplätze bei der Anpassung an neue regionale Strukturen unterstützt.“⁵⁹

Die Details für die Zukunftsentwicklung in den Braunkohlerevieren soll ab Anfang 2018 eine nach bisheriger Planung beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelte Kommission Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung unter „Einbindung weiterer Ressorts sowie von Ländern, Kommunen, Gewerkschaften, Vertretern betroffener Unternehmen und Branchen“ erarbeiten.

Parteien im Bundestagswahlkampf

Alle in der ablaufenden 18. Legislaturperiode im Bundestag vertretenen Parteien bekennen sich nicht nur zur Energiewende, sondern auch zur Dringlichkeit eines gestalteten Strukturwandels in den Braunkohlerevieren und zu entsprechenden Strukturhilfen des Bundes.

CDU/CSU

CDU und CSU bekräftigen in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm die bestehenden Energie- und Klimaziele, die sie „Schritt für Schritt umsetzen“ wollen: „Dies gilt auch für den 2016 beschlossenen Klimaschutzplan.“ Unter dem Absatz „Herstellung gleicher Lebensverhältnisse“ heißt es auch (aber nicht nur) mit Blick auf die Braunkohlerevieren:

„Der Bund wird gemeinsam mit den Ländern Maßnahmen zur Schaffung einer neuen Strukturperspektive für die Regionen mit besonderem Entwicklungsbedarf ergreifen. Dazu gehören gute Schienen- und Straßenanbindungen, Breitbandausbau mit Glasfaser und 5G sowie Forschungsaktivitäten für moderne Energietechnologien. Die Förderung von Unternehmensansiedlungen in den

58 Zuletzt Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich im ARD-Sommerinterview vom 16. Juli 2017 ausdrücklich zu „weiteren Maßnahmen“ zur Erreichung der Klimaschutzziele bekannte. www.tagesschau.de/inland/merkel-sommerinterview-115.html

59 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016)

besonders betroffenen Regionen muss europarechtlich abgesichert werden. Der langfristige Ausstieg aus der Braunkohle muss parallel zu einer konkreten neuen Strukturentwicklung verlaufen.“⁶⁰

SPD

Noch etwas konkreter bekennt sich die SPD in ihrem Wahlprogramm unter der Überschrift „Handwerk, Mittelstand und industrielle Basis stärken“ zu einem Engagement des Bundes in den Braunkohleregionen:

„Der Strukturwandel in der Energiewirtschaft wird sich fortsetzen. Ganz besondere Herausforderungen sind in den bisher durch die Braunkohle geprägten Regionen in der Lausitz, im Mitteldeutschen wie auch im Rheinischen Revier zu bewältigen. Hier müssen regionalwirtschaftliche Strukturen auf- und ausgebaut werden, die an die industrielle Tradition dieser Regionen anknüpfen und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit fördern. Wir werden diese Herausforderung gemeinsam mit den Ländern, den betroffenen Regionen, den Gewerkschaften, den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern angehen. Dabei hilft uns die fortschreitende Energiewende. Es werden in großem Umfang neue Technologien – Speicher und Batterien, Entwicklungszentren für Materialien und Prozesstechnik – benötigt. Wir wollen mit Bundesmitteln die neuen wirtschaftlichen Aktivitäten in den betroffenen Regionen zusammenführen.“⁶¹

Bündnis 90/Die Grünen

Unter der Überschrift „Kohleausstieg jetzt einleiten!“ wollen Bündnis 90/Die Grünen „das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten“:

„Wir achten darauf, dass der Ausstieg in einem breit angelegten Dialog erfolgt, wir werden ihn sozial verträglich gestalten und neue Arbeitsplätze schaffen. Die Finanzierung des Strukturwandels

muss eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Energieunternehmen sein. [...] Wir wollen den notwendigen Strukturwandel in den Regionen gemeinsam mit allen Beteiligten gestalten – ökologisch und sozial verträglich. Dafür richten wir einen Fonds ein, der auch für die Sanierung der Bergbaufolgeschäden eingesetzt werden soll.“⁶²

DIE LINKE

Die Energiewende werde „nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht und durch die Bürgerinnen und Bürger selbst gestaltet ist“, erklärt DIE LINKE in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017. Unter der Überschrift „Raus aus der Kohle, Übergänge gerecht gestalten“, heißt es:

„Wir wollen einen zügigen und sozial abgefederten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. [...] Der Strukturwandel in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen – daher fordert DIE LINKE einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro für die soziale Absicherung der im Bergbau Arbeitenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.“⁶³

Im Bundestag der 19. Legislaturperiode werden darüber hinaus die Parteien FDP und AfD vertreten sein. In ihren Wahlprogrammen finden sich jedoch keine Äußerungen zum anstehenden Strukturwandel in den Braunkohleregionen.

3.4.4. Die Rolle der Europäischen Union

Auf der Ebene der EU gibt es einerseits ein Wettbewerbsrecht, das der Förderung von Unternehmen Grenzen setzt. Andererseits hat auch die EU kein Interesse daran, dass die Energiewende in den Mitgliedstaaten dauerhaft abgehängte Regionen hinterlässt. Im Rahmen ihrer umfassenden Energiestrategie „Clean Energy for All Europeans“ hat die EU-Kommission deshalb einen Dialog mit Mitgliedstaaten und betroffenen Regionen darüber angeregt, wie sie einen

60 CDU/CSU (2017)

61 SPD (2017)

62 Bündnis 90/Die Grünen (2017)

63 Die Linke (2017)

sozialverträglichen Wandel in den von der Energiewende betroffenen Kohleregionen unterstützen kann. Im November 2016 kündigte die Kommission im Rahmen ihrer politischen Kommunikation zur „*Clean Energy for All Europeans*“-Strategie an, Möglichkeiten für eine „bessere Unterstützung von Kohle- und kohlenstoff-intensiven Regionen, die die Energiewende hin zu sauberer Energie durchlaufen, zu prüfen“. Das soll insbesondere in enger Partnerschaft mit den Akteuren vor Ort geschehen.⁶⁴

Kommunalpolitiker aus der Lausitz, die in Brüssel für die Anerkennung als Modellregion für einen gelungenen Strukturwandel werben, berichten über große Aufgeschlossenheit in der Kommission für ihr Anliegen. Die Anerkennung als Modellregion würde die Möglichkeiten für eine EU-rechtskonforme Unterstützung der Lausitz erweitern.

Zwischenfazit

In der Lausitz ist nach alldem im Herbst 2017 der Boden für eine ernsthafte und konkretisierende Strukturwandeldebatte mit tragfähigen Ergebnissen bereitet. Auch auf der Ebene der Bundespolitik gibt es weitgehend partei- und lagerübergreifend eine grundsätzliche Bereitschaft, die Braunkohleregionen und insbesondere die Lausitz zeitnah mit zusätzlichen Strukturhilfen zu unterstützen. Ähnliches bahnt sich auf der Ebene der EU-Kommission an. Aus den betroffenen Bundesländern Brandenburg und Sachsen wird immer offensiver um zusätzliche Mittel zur Unterstützung der bevorstehenden Strukturentwicklung in den Braunkohleregionen geworben.⁶⁵ Was bisher fehlt, sind ausformulierte Vorstellungen darüber wie ein Strukturwandelfonds Braunkohleregionen ausgestaltet sein soll: Wie muss er strukturiert sein, damit die Ziele möglichst effektiv angesteuert

werden können? Wie kann er jenseits des Ziels eines Erhalts der Lausitz als lebens- und liebenswerte Region mit einer starken industriellen Basis darüber hinaus helfen, die gesellschaftliche Spaltung der Region zu überwinden?

64 Europäische Kommission (2016a); Europäische Kommission (2016b)

65 Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen (2017); Landtagsfraktionen Brandenburg und Sachsen der CDU (2017); Landtagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg und Sachsen (2017)

4. Strukturwandel in der Lausitz – die Kernelemente

4.1. Fokussierte Förderung durch einen neuen Strukturwandelfonds

Agora Energiewende hat Anfang 2016 einen Strukturwandelfonds Braunkohleregionen des Bundes in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro für die drei Braunkohlereviere am Niederrhein, in Mitteldeutschland und der Lausitz vorgeschlagen. Ein Anteil von etwa 100 Millionen Euro pro Jahr würde nach diesem Konzept dem Lausitzer Revier zugutekommen. Dem Vorschlag liegt die Überlegung zugrunde, dass zwar für strukturschwache Regionen bereits eine aus allen politischen Ebenen (EU, Bund, Länder, regionale und lokale Gebietskörperschaften) bereitgestellte ausdifferenzierte Förderkulisse besteht, von der Unternehmen in der Lausitz und die Region insgesamt auch bisher schon profitieren. Die Bewältigung des energiewendebedingten Strukturwandels, insbesondere aber der Anspruch, eine konsensstiftende Zukunftsperspektive für die Region zu etablieren, geht jedoch in der Lausitz deutlich über das hinaus, was im Business-as-usual-Modus mit den vorhandenen und bewährten Instrumenten und Fördermitteln bewältigt werden kann.

Der mit dem schrittweisen Abschied von der Braunkohle bevorstehende Strukturwandel und die Entwicklung einer tragfähigen Zukunftsperspektive erfordern deutlich mehr als reine Wirtschaftsförderung. Ziel des von Agora Energiewende vorgeschlagenen Strukturwandelfonds ist es deshalb, nicht nur die Wirtschaft in ihrem Umstrukturierungsprozess zusätzlich zu unterstützen, sondern darüber hinaus in einem umfassenderen Sinn die Lausitz als Region – wobei beides eng miteinander verwoben ist. Eine positive Wirtschaftsentwicklung kann umso besser gelingen, je attraktiver sich die Lausitz als Region entwickelt. Möglicherweise ist Letzteres sogar eine notwendige Voraussetzung für Ersteres.

Diese Einschätzung trifft auch zu auf die Entwicklung des Wissenschaftsstandorts, der ebenfalls von Mitteln aus dem Fonds profitieren muss, um seine Rolle als Kooperationspartner und Innovationsmotor für die Wirtschaft unter den Bedingungen der Energiewende (aber auch außerhalb dieses Sektors) noch besser ausfüllen zu können. Darüber hinaus müssen Infrastrukturdefizite in der Region überwunden werden und regionale zivilgesellschaftliche und andere eher kleinteilige Initiativen eine faire Chance erhalten, um zu einer auf die Zukunft gerichteten nachhaltigen Gesamtentwicklung der Braunkohleregion beitragen zu können.

Die Lausitz steht vor der Aufgabe, sich als zukunftsfähige Region mit immer weniger Braunkohleförderung und -verstromung teilweise neu zu erfinden. Dabei besteht Konsens, dass die Region einerseits als Industrie- und Energieregion erhalten bleiben soll, wobei nicht jeder Industriearbeitsplatz, der einen bestehenden in der Energiewirtschaft ersetzt, erneut ein Energiearbeitsplatz sein muss und wird. Andererseits geht es auch um eine weitere Diversifizierung der bisher stark auf den Energiesektor ausgerichteten Industrie in einigen Regionen der Lausitz. Im Zusammenspiel einer regionalen Wirtschaft, die ihre innovativen Potenziale ausschöpft, von Fortschritten bei der Schaffung einer modernen Infrastruktur, des Ausbaus von Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie vielfältiger zivilgesellschaftlicher Initiativen kann der bevorstehende Strukturwandel erfolgreich sein und auch das perspektivisch vielleicht größte Problem der Region, die andauernde Abwanderung von Arbeitskräften, eindämmen und umkehren. Der Strukturwandelfonds des Bundes soll ein wesentlicher Treiber einer solchen positiven Entwicklung werden.

Gelegentlich wird zur Bewältigung der anstehenden Transformation vorgeschlagen, die bestehende

vielfältige Förderkulisse finanziell besser auszustatten, statt auf einen weiteren Sonderfonds zu setzen. Dagegen sprechen – neben dem Anspruch, dass hier vor allem Projekte gefördert werden sollen, die bisher nicht im Fokus standen – vor allem vier Argumente:

- Erstens handelt es sich beim schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle um einen durch internationale und bundespolitische Entscheidungen ausgelösten Strukturwandel und nicht um eine infolge rein marktwirtschaftlicher Entwicklungen induzierte räumliche Disparität, die normalerweise Grundlage herkömmlicher Strukturförderung ist, zum Beispiel aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GWR).⁶⁶
- Zweitens sind bestehende Fördermöglichkeiten für die Ausnahmesituation eines durch politische Entscheidungen ausgelösten Strukturwandels vielfach nicht geeignet. Bestimmte Vorhaben (zum Beispiel die Unterstützung von Investitionen) können auf dieser Basis nicht oder nur eingeschränkt gefördert werden oder erfordern das Ausweichen auf bestimmte Ausnahmetatbestände.^{67,68}
- Drittens liefe eine Neuverteilung oder Ausweitung bestehender Fördertöpfe zugunsten der Braunkohlereviere stets Gefahr, die mit der Energiewende verbundenen Konflikte über die Hotspots der Energiewende hinaus räumlich auszuweiten, weil dies als Bevorzugung der Reviere zulasten anderer strukturschwacher oder peripherer Regionen interpretiert werden könnte (und schon wird).⁶⁹

66 Markwardt et al. (2016), S. 7

67 So gründen sächsische und brandenburgische Lausitzlandkreise und die Stadt Cottbus ihren Förderantrag zur Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz auf die sogenannte Experimentierklausel im Koordinierungsrahmen der GRW-Förderung

68 Markwardt et al. (2016)

69 Persönliche Mitteilung: Vertreter der Lausitzrunde berichten, dass die Landespolitik Aufforderungen, zusätzliche GWR-Mittel für die Lausitz bereitzustellen, mit dem Argument kontere, es gebe auch andere strukturschwache Regionen im Lande, die dann ebenfalls eine Ausweitung der Hilfen einfordern würden.

→ Viertens würde der Verzicht auf einen Sonderfonds die Möglichkeit einer verlässlichen, mittel- und langfristigen Förderung über den gesamten Transformationsprozess hinweg erheblich erschweren. Die Verwendung der bereitgestellten Mittel müsste dann im Rhythmus der jeweiligen Förderkriterien immer wieder neu und über die gesamte vielschichtige Förderkulisse hinweg ausgehandelt werden, zulasten von Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Zu Recht fordern jedoch nicht nur Vertreter der Wirtschaft regelmäßig mehr Verlässlichkeit.^{70,71} Die lässt sich ohne einen eigenen, an die Energiewendefolgen gebundenen Fonds nur schwer darstellen.

4.2. Prinzipien eines erfolgreichen Strukturwandels im 21. Jahrhundert: Die Kräfte bündeln, den Blick nach vorn richten

Die Folgen von Strukturwandelprozessen im Bergbau sind in Deutschland in der Vergangenheit auch in Fällen, in denen die Zahl der Betroffenen um Größenordnungen höher lag, vor allem mit sehr viel öffentlichem Geld gemildert worden. Vielfach mit Erfolg bezogen auf die unmittelbar betroffenen Beschäftigten und nicht zuletzt dank starker Gewerkschaften und eines hohen Organisationsgrades der Belegschaften in den Betrieben. Insbesondere gilt dies für die unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und für die die Abfederung sozialer Härten durch Abfindungen, durch den Übergang in den (vorzeitigen) Ruhestand beziehungsweise durch den Wechsel in neue Beschäftigungsverhältnisse über eine zwischenge-

70 Schäfer, K.; Sannig, J.; Krüger, W. (2017).

71 Die Diskussion, ob es eine Sonderunterstützung der Lausitz geben soll, scheint tendenziell entschieden, nachdem die Bundesregierung in ihrem Klimaschutzplan 2050 eine entsprechende Unterstützung für die betroffenen Regionen bereits zugesagt hat (siehe Kapitel 3.3) und die Länder Brandenburg und Sachsen inzwischen vehement „als Nachteilsausgleich den Einstieg des Bundes in zusätzliche Förderung“ einfordern.

schaltete Weiterbildung. Weniger gut funktionierten Strukturwandel und regionale Neuausrichtung dort, wo die Politik glaubte, eine subventionierte Modernisierung der bestehenden (Montan-)Industrie könnte ausreichen, um den Strukturwandel und seine Folgen zu vermeiden oder schon im Ansatz zu bewältigen.⁷² Am Ende verloren die Regionen trotz des bereitgestellten hohen Mitteleinsatzes ihr ökonomisches Zentrum, ohne dass ein neues mit vergleichbarem Gewicht entstanden wäre. Vor allem deshalb hat die für die unmittelbar betroffenen Beschäftigten („niemand fällt ins Bergfreie“) durchaus segensreiche Strukturwandelpolitik des Ruhrgebiets seit den 1960er-Jahren bis heute einen schlechten Ruf und gilt vielfach als gescheitert.

Nicht zuletzt um vergleichbare (Fehl-)Entwicklungen in Zukunft zu vermeiden, sollte in der Lausitz ein umfassenderer Ansatz eines regional gesteuerten Strukturwandels versucht und aus den betroffenen Regionen heraus bottom-up wesentlich mitentwickelt werden. Die Energiewende hin zu einem nachhaltigen Energiesystem für das 21. Jahrhundert erfordert als Generationenprojekt auch Nachhaltigkeit bezüglich der Bewältigung ihrer sozialen Folgen für die Beschäftigten und ebenso für die betroffenen Regionen. Der Übergang in das Energiesystem für das 21. Jahrhundert muss einhergehen mit einem Strukturwandel für das 21. Jahrhundert.

72 Bezogen auf die Braunkohle gibt es immer wieder Vorstöße, die ihre stoffliche Nutzung zum Beispiel als Erdölersatz in der Petrochemie oder im Kraftstoffbereich empfehlen. Entsprechende Forschungsprojekte lassen jedoch keine Durchbrüche erwarten, zumal angesichts eines weltweiten strukturellen Überangebots von Öl und Erdgas sich auch die Frage der wirtschaftlichen Tragfähigkeit einer vergleichsweise teuren Nutzung der Braunkohle stellt. Ebenso ist der zwischenzeitlich politisch aufgegebenen Versuch zu werten, die Braunkohlewirtschaft über die CCS-Technologie fortzuführen, was nicht nur wegen des in einem Land mit hoher Bevölkerungsdichte zu erwartenden Widerstands von Teilen der Bevölkerung unrealistisch erscheint, sondern darüber hinaus, weil sich auch dieses Konzept bisher als ökonomisch nicht tragfähig erwiesen hat.

Dieser weiterentwickelte Strukturwandel muss wie bisher mit der Abfederung sozialer Härten beginnen, darf aber nicht mit ihr enden. Von vornherein sollte auch darauf geachtet werden, betriebsbezogene Fördermaßnahmen und ihre Höhe an Qualitätsstandards zu koppeln, auch bezogen auf die neu entstehende Arbeit, zum Beispiel durch tarifvertragliche Absicherung oder vergleichbare Regelungen.⁷³

Die Energiewendebatte in Deutschland verläuft seit jeher kontrovers. Bezogen auf die in besonderer Weise betroffenen Braunkohleregionen hat sie einen schon zuvor virulenten Konflikt weiter angeheizt. Wie nirgends sonst hat die Diskussion über das Verschwinden Jahrhunderte alter Ortschaften einerseits und die Beschränkung genehmigter Tagebaue oder die vorzeitige Abschaltung von Braunkohlekraftwerken andererseits die Gesellschaft bereits vor der Energiewende in Lager gespalten – oftmals quer durch Dorfgemeinschaften und sogar Familien. Deshalb hängt der Erfolg oder Misserfolg aller Ideen und Vorschläge zur Bewältigung des Strukturwandels in den Braunkohleregionen zentral davon ab, ob sie Konfliktlinien und Lagerbildung aus der Vergangenheit in die Zukunft verlängern oder aber Ansätze bieten für einen neuen gesellschaftlichen Konsens.

Bezogen auf den Vorschlag eines Braunkohlefonds müssen deshalb die Höhe und die Verteilung der bereitgestellten Mittel von möglichst allen im Widerstreit stehenden gesellschaftlichen Interessen als im Kern gerecht wahrgenommen werden. Mindestens aber muss vermieden werden, dass sich die Konflikte der Vergangenheit im Alltag der Vergabepaxis eines solchen Fonds fortsetzen können. Es geht darum, den Blick nach vorn zu richten, das Lagerdenken zu überwinden und die vormals gespaltenen Kräfte zu bündeln.

73 Das ist seit Langem auch bei traditionellen Förderinstrumenten eine Forderung der Gewerkschaften, deren Berücksichtigung gerade angesichts der über viele Jahre erbittert geführten Auseinandersetzung („einseitig auf dem Rücken der Braunkohle“) um die Energiewende berücksichtigt werden muss, ohne freilich in die Bürokratiefalle zu laufen.

Auf Basis dieser Vorüberlegungen folgt der Vorschlag von Agora Energiewende dem Prinzip, eine Verlängerung der oftmals durch festgefügte Weltbilder aufgeladenen Auseinandersetzungen der Vergangenheit in die Zukunft möglichst zu vermeiden. Dazu:

- muss die *Wirtschaft* die bereitgestellten Mittel und mehr noch ihre Vergabep Praxis als verlässliches und faires Angebot für eine ökonomisch tragfähige Entwicklung in der Region erkennen und mittragen;
- muss der *Wissenschafts- und Forschungsstandort* Lausitz eine Entwicklungsperspektive erhalten, die es ihm erlaubt, den beschriebenen und aus Politik und Wirtschaft eingeforderten Spagat zwischen Spitzen- und anwendungsorientierter Forschung konstruktiv auszubalancieren und eine substanzielle Rolle im Rahmen der Energiewende und der Dekarbonisierung der Industriegesellschaft in Deutschland zu übernehmen;⁷⁴
- müssen die regionale *Politik und Verwaltung* die Mittel erhalten, die für die ihnen übertragenen Gestaltungsaufgaben notwendig sind und insbesondere eine zeitgemäße Weiterentwicklung der verkehrlichen und technischen Infrastrukturen der Region ermöglichen;
- müssen schließlich bisher in der Region wenig entwickelte *zivilgesellschaftliche Strukturen und Vorreiter einer auf Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Gemeinwohlorientierung setzenden Unternehmerschaft* eine verlässliche Institution als Ansprechpartner zur Akquise von Gründerhilfen, Kultur- und Traditionsförderung, grenzüberschreitender Strukturentwicklung usw. vorfinden.

Selbst wenn die genannten Prinzipien eines auf die Lausitz zugeschnittenen Strukturwandels im Wesentlichen umgesetzt werden, ist der Erfolg kein Selbstläufer. Aber sie machen ihn wahrscheinlicher. Zu Recht weist das Projektteam der BTU Cottbus-Senftenberg darauf hin, dass Mittel der Landesförde-

74 Dies gilt gleichermaßen für die Hochschulen wie auch für die – in der Lausitz bisher fast nicht vorhandene – außeruniversitäre Forschung.

rung bisher nicht vollständig abgerufen werden und es in der Vergangenheit in der Lausitz zu wenige förderfähige Initiativen auf der betrieblichen und zivilgesellschaftlichen Ebene gab. Auch die Erwartung der Bundespolitik, die als Voraussetzung für mittel- und langfristige Förderzusagen legitimierte Ansprechpartner, eine verlässliche Koordinierung und transparente Entscheidungsstrukturen im Vergabeverfahren einfordert, ist berechtigt.⁷⁵

Ohne Zweifel hat sich die Bereitschaft der meisten in der Region Beteiligten und Betroffenen, die bevorstehende Strukturentwicklung in der Lausitz proaktiv (mit) zu gestalten, innerhalb einer vergleichsweise kurzen Frist erheblich entwickelt. Die Vielfalt an Ideen und Initiativen, das Engagement, mit dem sich die gewählten Vertreter der Gebietskörperschaften, die Verantwortlichen der regionalen Wirtschaftsorganisationen und der Wissenschaft, Vertreter aus Kirchen und Umweltorganisationen, aber auch direkt aus der Zivilgesellschaft vor Ort an der Debatte beteiligen, beweist eines unübersehbar: Es gibt in der Lausitz den verbreiteten Wunsch, die eigene Zukunft in der Region auch „nach der Braunkohle“ zu gestalten. Offensichtlich besteht inzwischen – jenseits des in der Öffentlichkeit weiter erbittert geführten Streits um die weitere Nutzung der Braunkohle – lagerübergreifend ein Bedürfnis nach regionaler Identität, die über das Etikett „Braunkohleregion“ hinausgeht. Sozialwissenschaftler nennen das *social capital* und halten es für eine Grundvoraussetzung jeder *Bottom-up*-Entwicklung. Dies gilt es zu nutzen und zu fördern.

Gleichzeitig und andererseits birgt die Perspektive einer großzügigen und lang andauernden Unterstützung des vorhandenen vielfältigen Engagements aus Bundesmitteln immer auch das Risiko neuer Konflikte und Konkurrenzverhältnisse, die infolge der nicht verheilten Verletzungen aus der Vergangenheit zusätzlich angeheizt werden können. Verstärkt wird dieses Risiko durch eine große Vielfalt unterschied-

75 Lausitzer Rundschau (10.10.2016)

licher Interessenlagen in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Regionalpolitik und Zivilgesellschaft. Weiter erschwerend kommt hinzu, dass die Landkreise der Lausitz vom bevorstehenden Strukturwandel unterschiedlich stark betroffen sein werden. Bereits jetzt gibt es bezogen auf Arbeitslosenquoten, Wirtschaftskraft und den Saldo von Ab- und Zuwanderungsbewegungen große Unterschiede innerhalb der Region. Und seit jeher verteilt sich das Gebiet der Lausitz auf zwei Bundesländer – Brandenburg und Sachsen, was an sich schon eine Herausforderung darstellt, wenn es um die Akquirierung und Verteilung von Mitteln des Bundes geht.

Insgesamt erwächst daraus ein reales Risiko, dass aus einem eben erst aufkeimenden, potenziell gemeinschaftsstiftenden Aufbruch neue Konflikte entstehen. Dann jedoch nicht mehr vorrangig um die Frage der Zukunft der Braunkohleregion, sondern im unschönen Gerangel um mögliche Finanzspritzen und ihre Verteilung. Dies wäre der Worst Case. Es würde nicht nur die erhoffte Dynamik des Transformationsprozesses selbst belasten, sondern möglicherweise auch die Bereitschaft der Entscheidungsträger in der Bundespolitik, den Strukturwandelfonds ausreichend auszustatten und Verlässlichkeit durch mittel- und langfristige Förderperspektiven herzustellen.

Dem kann man jedoch durch geschickte Strukturen vorbeugen. Ein interessantes Vorbild in diesem Zusammenhang kann die Organisation des Strukturwandels in der Region Bonn nach dem Beschluss des Umzugs der Bundeshauptstadt nach Berlin sein. Auch hier waren zwei Bundesländer (Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz), eine Reihe von Kommunen und der Bund betroffen und beteiligt. Im Folgenden werden daher an etlichen Stellen Anleihen an diesen bisher sehr erfolgreich verlaufenen Strukturwandelprozess gemacht.

5. Der Fonds konkret: Vier Säulen für den Strukturwandel

5.1. Einrichtung eines Strukturwandel-fonds Lausitz per Vertrag

Teil eins des Vorschlags betrifft die Grundentscheidung, einen Strukturwandel-fonds für die Lausitz formal einzurichten und alle relevanten Elemente vertraglich fest zu vereinbaren. Dies beinhaltet die rechtlichen Entscheidungen zur Einrichtung des Fonds und die wesentlichen Rahmendaten wie die Höhe der jährlich aus dem Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel, die Laufzeit des Fonds und die Aufteilung der Fondsmittel in abgegrenzte Säulen für vorab definierte Aufgabenbereiche sowie Fragen der Koordinierung und des Monitorings.⁷⁶

Der Fonds wird eingerichtet in Anerkennung der verlorenen Wertschöpfung und der sonstigen besonderen Belastungen, denen die Braunkohleregionen im Rahmen der Energiewende und einer vorzeitigen Beendigung der Braunkohleförderung und -verstromung ausgesetzt sind.⁷⁷ Bei dem hier vorgeschlagenen Fonds handelt es sich ausdrücklich um einen *Regionalfonds*, der einerseits über die bewährten Instrumente zur Strukturwandelbewältigung in der Vergangenheit, wie Anpassungshilfen, Frühverrentung, Sozialpläne und andere Kompensationsmaßnahmen

für die direkt betroffenen Beschäftigten hinausgeht, diese andererseits aber nicht ersetzt. Das heißt, solche Maßnahmen müssen, wo nötig und angebracht, an anderer Stelle verhandelt werden.⁷⁸

Zur Einrichtung des Strukturwandel-fonds Lausitz schließen der Bund, die Länder Brandenburg und Sachsen sowie die Landkreise Bautzen, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Görlitz, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und die Stadt Cottbus auf Basis der Vorarbeiten der Strukturkommission des Bundes einen entsprechenden **Vertrag über die Einrichtung eines Strukturwandel-fonds Lausitz**. Der Vertrag lehnt sich an an das Vorgehen im Zusammenhang mit dem Hauptstadtbeschluss und dem Umzug von Parlament und Teilen der Bundesregierung von Bonn nach Berlin infolge der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1994.⁷⁹

Der Vertrag über die Einrichtung eines Strukturwandel-fonds Lausitz regelt alle wesentlichen Eckpunkte des Fonds (Gesamt-volumen, prozentuale Aufteilung in Säulen, deren flexible Handhabung, Laufzeit). Außerdem richten die Vertragsparteien im Rahmen der Vereinbarung einen zwölfköpfigen **Koordinierungsausschuss** ein und verständigen sich über den Sitz der Geschäftsstelle, die in der Lausitz angesiedelt sein soll. Im Koordinierungsausschuss sollen zwei Vertreter des Bundes je ein Vertreter, der betroffenen Län-

76 Ein analoges Vorgehen für das Rheinische und das Mitteldeutsche Braunkohlerevier will dieses Papier ausdrücklich nicht ausschließen; der ursprüngliche Agora-Vorschlag eines Fonds mit einem Gesamtvolumen von 250 Millionen Euro pro Jahr wird aufrecht erhalten. Da sich jedoch die drei Reviere in wesentlichen Basisdaten (Größe, mutmaßlicher Ausstiegsfahrplan, regionale Einbettung, Wirtschaftsstruktur etc.) deutlich unterscheiden, wird hier zunächst ein Vorschlag für die Lausitz unterbreitet. Inwieweit er später als Grundlage für eine vergleichbare Lösung in den beiden anderen Revieren geeignet ist, wurde im Rahmen dieses Impulspapiers nicht untersucht.

77 Agora Energiewende (2016a)

78 Zum Verhältnis zwischen dem Strukturwandel-fonds Braunkohleregionen und möglichen anderen Hilfen für die Beschäftigten betroffener Betriebe ausführlicher in Agora Energiewende (2016b), S. 38 ff.

79 Vereinbarung über Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vom 29.06.1994 auf Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes vom 26.04.1994. Vertragspartner waren seinerzeit der Bund, die Länder NRW und Rheinland-Pfalz, die Bundesstadt Bonn sowie der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Ahrweiler.

der Brandenburg und Sachsen sowie je zwei regionale Vertreter aus den vier Säulen Sitz und Stimme haben. Die Gebietskörperschaften (Kommunen und Landkreise) sind über die Säule kommunale und regionale Infrastruktur (siehe unten) vertreten. Der Koordinierungsausschuss wacht über die sachgerechte Mittelvergabe und -verwendung in den Säulen sowie über die Fortschritte bei der Zielerreichung (Monitoring). Das Monitoring umfasst auch eine sachgemäße Abgrenzung der aus dem Strukturwandelfonds Braunkohleregionen (hier: Lausitz) zu fördernden Projekte gegenüber anderen, bereits vorhandenen oder neu hinzukommenden Förderlinien.

Dem Koordinierungsausschuss können mit Zustimmung aller Vertragsparteien weitere Aufgaben übertragen werden.

5.2. Vier Säulen für die Lausitz

Teil zwei des Vorschlags zur Errichtung eines Strukturwandelfonds betrifft die Aufteilung und Vergabe des Gesamtvolumens. Die Eckdaten des Vorschlags „Strukturwandelfonds Lausitz“ von Agora Energiewende lauten:

- **Gesamtvolumen:** 100 Millionen Euro pro Jahr
- **Laufzeit:** 15 Jahre (2019 bis 2034) mit Verlängerungsoption um fünf Jahre in modifizierter Ausgestaltung
- **Vier Säulen des Fonds mit je 25 Prozent Mittelausstattung:** Wirtschaftsförderung, Förderung von Wissenschaft und Forschung, kommunale und regionale Infrastruktur, Zivilgesellschaft. Nicht abgerufene Mittel sind übertragbar in Folgejahre und Fondssäulen gegenseitig deckungsfähig.
- **Säule 1 – Wirtschaftsförderung:** Fokus auf Erhalt der Wirtschafts- und Energieregion (ein Gigawatt für ein Gigawatt, das heißt, für jedes abgeschaltete Braunkohle-Gigawatt wird mindestens ein Gigawatt Erneuerbare Energien installiert) und Innovationsförderung sowie Stärkung der Innovationsfähigkeit (mit einem, aber nicht dem alleinigen Fokus

auf neue Energietechnologien und CO₂-Innovationen in der Industrie); Ziel: Etablierung wirtschaftlicher Strukturen jenseits der Braunkohle

- **Säule 2 – Förderung von Wissenschaft und Forschung:** Stärkung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Region, unter anderem durch Gründung eines Fraunhofer-Instituts für die Dekarbonisierung der Industrie; Ziel: starker Wissensstandort
- **Säule 3 – Errichtung und Modernisierung der kommunalen und regionalen Infrastrukturen:** zügige Realisierung vor allem einer besseren Verkehrsinfrastruktur (unter anderem Bahnstrecken Berlin-Cottbus und Görlitz-Dresden) und eines High-Speed-Internets; Ziel: zeitgemäße Infrastruktur
- **Säule 4 – Zukunftsstiftung Lausitz:** Unterstützung eines möglichst breiten Spektrums zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in der Region, unter anderem im Bereich Kunst, Kultur, Traditionspflege und gesellschaftliche Modernisierung; Ziel: Erhöhung der Lebensqualität und Attraktivität der Region

Die Vorabaufteilung der bereitgestellten Mittel nach einem festen Schlüssel steht im Zentrum des Vorschlags. Sie dient dem Zweck, das Risiko eines ungesteuerten Streits um die für den Strukturwandelfonds bereitgestellten Mittel von vornherein einzugrenzen und zu kanalisieren. Mit dem Säulenmodell wird der Fonds aufgeteilt in klar und transparent definierte Sektoren, deren jeweilige Ausstattung mit Fördermitteln a priori, im Rahmen des Grundsatzbeschlusses über die Einrichtung eines Strukturwandelfonds Braunkohleregionen festgelegt wird. Der Bund als Geldgeber nimmt nach der Grundsatzentscheidung der Einrichtung des Fonds eine eher beobachtende Rolle ein. Er wird nur dann erneut aktiv, wenn sich beim Monitoring, das in der Verantwortung des Koordinierungsausschusses aus Vertretern von Bund, Ländern und aus den Säulen entsandten Vertretern aus der Region liegt, eine ineffiziente oder sachfremde Verwendung der bereitgestellten Mittel abzeichnet oder herausstellt.

Ziel ist insgesamt ein Verfahren, das den effizienten Einsatz der Fördermittel innerhalb der Sektoren noch zu schaffenden transparenten und professionellen Strukturen vor Ort überlässt. Das Konzept sieht vor, dass neben den Geldgebern, also Vertretern der Bundespolitik, vor allem Vertreter der betroffenen Sektoren jeweils wichtige Positionen bei der Vergabesteuerung innerhalb „ihrer“ Säulen einnehmen.

Die vier Säulen verwalten und vergeben die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel jeweils weitgehend eigenständig. Alle Säulen sind nach vergleichbaren Kriterien organisiert. Eine Ausnahme bildet die Säule des bürgerschaftlichen Engagements, die in Form einer vom Bund eingerichteten Stiftung verwaltet werden soll. In diesem Fall entscheiden die Stiftungsgremien nach Maßgabe der Stiftungssatzung über Projekte und den Einsatz von Stiftungsmitteln.

In allen Säulen haben der Bund als Geldgeber und die betroffenen Bundesländer Sitz und Stimme. Ansonsten folgt die Organisation der Säulen dem Prinzip, die Interessen der Betroffenen zu repräsentieren. So soll ein Steuerkreis, in dem alle für die jeweilige Säule

wesentlichen Interessen vertreten sind, die Anträge zur Mittelverwendung sichten und über sie entscheiden. Die Binnenorganisation der Säulen orientiert sich dabei an dem Kriterium, dass diejenigen wesentlich über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel mitbestimmen, die über die entsprechende Kompetenz verfügen.

Konkret und grob vereinfachend formuliert: Wirtschaftsvertreter und Wirtschaftspolitik entscheiden innerhalb ihrer Säule über den Mitteleinsatz in der Wirtschaftsförderung; Wissenschaftsvertreter entscheiden innerhalb ihrer Säule über den Mitteleinsatz für Wissenschaft und Forschung; gewählte Vertreter der Gebietskörperschaften in der Lausitz entscheiden über die Prioritätensetzung bei der regionalen Infrastrukturentwicklung; plural besetzte Stiftungsgremien schließlich entscheiden über die Vergabe von Stiftungsmitteln an Initiativen aus der Zivilgesellschaft.

Im Folgenden werden die einzelnen Säulen näher spezifiziert. Die vorgestellten Projektideen basieren auf Gesprächen mit Akteuren vor Ort und sollen bei-



spielhaft beschreiben, was aus den einzelnen Säulen finanziert werden könnte – um so ein erstes grobes Bild davon zu skizzieren, wie ein gelungener Strukturwandel in der Lausitz aus Sicht der regionalen Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft aussehen könnte.

5.3. Die Säule 1: Die Lausitz als Energie- und Industrieregion

Im Kern herrscht in der Lausitz lagerübergreifend Einigkeit über die wünschenswerte Wirtschaftsentwicklung nach der Braunkohle: Die Region soll ihren Charakter als Energieregion und Industriestandort erhalten. Die Wirtschaftsförderung sowie die Strukturpolitik sollen vor allem die Innovationsfähigkeit der Unternehmen anreizen, Kooperationen und Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sollen im Energiesektor sowie darüber hinaus auch in anderen als für die Lausitz wichtig erachteten Bereichen der Wirtschaft ausgebaut werden. Die Beziehungen mit anderen Wirtschaftsregionen dies- und jenseits der Grenzen sollen gestärkt, Marktgebiete erweitert werden. Die Beibehaltung und Ausweitung einer diversifizierten Wirtschafts- und Industriestruktur ist dringend erwünscht.

In großer Zahl variieren Impulspapiere aus Wirtschaft und Politik diese Themen und Vorschläge, wenn sie die Zukunftschancen beschreiben, die sich nach der Kohle für die Region ergeben.⁸⁰ Das Neue an der Summe dieser Papiere: Die Notwendigkeit, sich einem erneuten Strukturwandel zu stellen, wird von fast niemandem mehr bestritten. Im Gegenteil, alle erklären ihre Bereitschaft zur Mitarbeit.

Dies fand zuletzt seinen Ausdruck zum Beispiel in dem prägnanten Vorschlag „ein Gigawatt für ein Gigawatt“. Mit ihm gingen zwei wichtige Vertreter aus der regionalen Wirtschaft, der Hauptgeschäftsführer der IHK Cottbus und der Geschäftsführer der 2016 gegründeten Innovationsregion Lausitz GmbH, zu Beginn des Jahres 2017 an die Öffentlichkeit. Ziel ist es, für jedes Gigawatt, das an Braunkohlekraftwerken verloren geht, in der Lausitz ein Gigawatt neuer Energieinfrastruktur zu installieren. Das Signal der „1 GW pro 1 GW“-Formel ist klar: Die Wirtschaft in der Braunkohleregion Lausitz steht bereit, bei der Modernisierung und Transformation des alten in das neue Energiesystem eine aktive Rolle zu spielen und das vor Ort vorhandene, nutzbare Know-how einzubringen. Das was derzeit die Energieregion Lausitz ausmacht, soll helfen, dass die Lausitz auch als Energiewenderegion erfolgreich bleibt.

Konkret werden aus unterschiedlichen Zusammenhängen vielfältige Ansätze für den Strukturwandel debattiert, die sich untereinander nicht fundamental unterscheiden. Die im Folgenden vorgestellten Ansätze erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern haben eher einen exemplarischen und illustrativen Charakter.

Die Lausitz als Energiewenderegion der Zukunft

Die Dominanz des Energiesektors in der Lausitz ist zwar schon heute nur noch partiell und räumlich konzentriert an den Kraftwerks- und Tagebaustandorten vorhanden, der Anspruch, weiter in andere Sektoren zu diversifizieren, wird in vielen Vorschlägen formuliert. Gleichzeitig soll aber die Kompetenz der regionalen Standorte im Energiesektor, wo immer möglich, in die erwarteten oder bereits bestehenden Wachstumsmärkte für die Energiewende eingebracht werden. Im Einzelnen:

→ Erneuerbaren Energien („1 GW pro 1 GW“-Programm): Für abzuschaltende Kraftwerksleistung aus fossilen Energien soll unter Einbindung mittelständischer Unternehmen aus der Region ein entsprechendes Äquivalent im klimaneutralen

80 Lange, H. R.; Krüger, W. (2017); Energieregion Lausitz-Spreewald/Wirtschaftsinitiative Lausitz (2017); Landtagsfraktionen Brandenburg und Sachsen der CDU (2017); Landesregierungen Brandenburg und Sachsen (2017); Landtagsfraktionen Bündnis90/Die Grünen Brandenburg und Sachsen (2017)

Strommarkt errichtet werden. Vorhandene Stromnetzinfrastrukturen wirken dabei als Startvorteil gegenüber anderen Regionen. Bei künftigen EEG-Ausschreibungen könnte darüber hinaus ein Sonderfenster für Braunkohle-Transformationsregionen geschaffen werden, um zusätzliche Erneuerbare Kraftwerksleistung auszulösen, die letztlich sogar zu mehr als einem Gigawatt Erneuerbare Leistung pro abgeschaltetem Gigawatt Braunkohleleistung führen würde. Gezielt könnte auch die Ansiedlung von effizienten Windenergie- und Photovoltaik-Hybrid-Anlagen auf stillgelegten Tagebauflächen gefördert werden, insbesondere wenn der Netzanschluss doppelt von Windenergie- und Solaranlagen genutzt wird.

- Ein Gas-KWK-Kraftwerk für den Übergang: Am Kraftwerksstandort Jänschwalde wird ein Gas-KWK-Kraftwerk mit entsprechender Wärmeauskopplung für die Stadt Cottbus als Ersatz für die bisherige Wärmebereitstellung aus den Braunkohleblöcken errichtet. Perspektivisch könnte hier zunehmend klimaneutrales Gas aus *Power-to-Gas*-Anlagen zugespeist werden.
- Energiespeicher: Entwicklung und Installierung moderner Energiespeichersysteme, die mit dem Fortschreiten der Energiewende immer wichtiger werden. Unter anderem Produktionsstätten für Batterien, *Power-to-Gas*-Infrastrukturen, Rotationsspeicher zur Systemregelung im Stromsektor oder saisonale Wärmespeicher.
- Modellregion „Grüne Lausitz“ beziehungsweise „Smart City Cottbus“: Förderung einer sektorengesetzten Energieversorgung Strom-Wärme-Verkehr durch die digitale Vernetzung von Strom- und Fernwärmeversorgung aus regionaler Erzeugung. Den Initiatoren, denen das Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität e. V. IKEM eine Projektplattform bietet, schwebt ein Regionalstromkonzept vor, für dessen rechtliche Zulässigkeit in einem ersten Schritt die Experimentierklausel der im Mai 2017 beschlossenen SINTEG-Verordnung in Anspruch genommen werden soll. Das Projekt soll einen Lausitzer Handelsplatz für regionale grüne Energie schaffen, regionalen Erneuerbare-Energien-

Anlagenbetreibern eine Vermarktungsmöglichkeit für die Zeit nach der EEG-Förderung eröffnen und gleichzeitig regionale steuerbare Lasten in den Markt bringen.

- Know-how-Zentrum für Rekultivierung: Vermarktung des über zwei Jahrzehnte entwickelten Know-hows der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) bei der Rekultivierung geschlossener Tagebaue auch jenseits ihres bisherigen Einsatzgebietes. Dahinter steht die Überlegung, dass dieses Know-how auch in anderen vom Bergbau geprägten Regionen im (benachbarten) Ausland genutzt werden kann, wenn sich die Transformation des Energiesystems international weiter durchsetzt.

Die Lausitz als Innovationsregion

Die Lausitz ist, Stand 2017, aus sich heraus keine Innovationsregion. Diese Einschätzung ist nicht nur Ergebnis wissenschaftlicher Studien⁸¹, sie wird auch von führenden Vertretern der regionalen Wirtschaft geteilt. Die Erkenntnis war ein wesentlicher Gründungsimpuls für die Innovationsregion Lausitz GmbH (iRL) im Jahr 2016. Die über Jahrzehnte andauernde Bindung zahlreicher mittelständischer Zulieferunternehmen vor allem an die Braunkohlewirtschaft hat ein hohes, aber auch hochspezialisiertes Know-how geschaffen, das mit dem Rückgang der Aufträge in Zukunft nur noch durch eine Ausweitung des Marktgebiets in andere Regionen (im Ausland) erhalten bleiben kann, sofern dort noch einige Jahre länger an Braunkohleförderung und fossiler Verstromung festgehalten wird (siehe oben). Fachleute schätzen aufgrund des vorhandenen Know-hows 20 Prozent der ansässigen Unternehmen als innovationsfähig ein. Doch nur ein Bruchteil dieser Unternehmen verfügt auch über die finanziellen und personellen Ressourcen, ihre Innovationsfähigkeit in konkrete Projekte und Entwicklungsperspektiven umzusetzen. Hier setzen die Aktivitäten der Anfang 2016 gegründeten iRL an.

⁸¹ Markwardt et al. (2016), S. 69 ff.

- Die iRL GmbH sieht sich als zentralen Partner kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), nicht nur, aber insbesondere solcher, die sich wegen des erwarteten Kohleausstiegs neu orientieren müssen. Im Fokus der iRL steht der Erhalt von Industriearbeitsplätzen beziehungsweise die Überführung alter Industriearbeitsplätze in neue. Mit ihrer Strategie des akteurszentrierten Strukturwandels hat die iRL im ersten Jahr ihres Bestehens nach eigenen Angaben 87 Projekte für den Strukturwandel angestoßen und einige von ihnen öffentlich vorgestellt. Was für eine Realisierung und selbsttragende Entwicklung häufig am dringlichsten ist, ist eine Anschubfinanzierung, die über den hier vorgeschlagenen Regionalfonds unterstützt werden könnte.
- Ansätze gibt es in der Region für nächste Schritte in der Automatisierungstechnik („Robots XXL“). Diese fokussieren sich auf industrielle Großanlagen in der Region (neben den Tagebauen und Kraftwerken der LEAG gehören dazu Anlagen von BASF Schwarzheide, Papierfabriken, Metallverarbeitung etc.). Ein Startpunkt besteht bereits mit dem Innovationszentrum Moderne Industrie (IMI) an der BTU Cottbus-Senftenberg und dem dortigen Lehrstuhl für Automatisierungstechnik.
- Initiative neue Mobilitätssysteme: Ausgehend von der Erwartung, dass ein Großteil der Mobilität der Zukunft elektrisch erfolgen wird, sollen Basistechnologien wie Speicher/Ultrakondensatoren entwickelt werden, aber auch konkrete Demonstrationsprojekte wie das „verbrennungsmotorfreie Lausitzer Seenland“ sollen konkrete Perspektiven öffnen, zumal das Konzept auch landseitig eine komplette Infrastruktur für Elektromobilität erfordert und dann auch von Pkw, Bussen oder E-Bikes genutzt werden kann.

Diversifizierung der Wirtschaft in der Lausitz

- Gezielte Entwicklung von Zukunfts- und Übergangskonzepten für bisherige Vattenfall/EPH-Zulieferer, die mit jedem realisierten Schritt eines Kohleausstiegs Aufträge verlieren. Helfen sollen Innovationsscouts, die die Unternehmen bei der Ausweitung ihres Marktgebiets ins Ausland und bei der Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte aus dem Know-how-Fundus der Unternehmen unterstützen. Dieser Blick über den Tellerrand der Zulieferunternehmen wäre ein weiterer Fokus für Unterstützung aus einem Strukturwandelfonds.
- Auch jenseits der Zulieferer-Unternehmen sollen neue Zukunftsperspektiven geöffnet werden, insbesondere durch eine engere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft in der Region, aber auch national und international. (Regionales Matching von Know-how der Unternehmen und der wissenschaftlichen Kompetenzen der Hochschulen ist nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme.)
- Mit einer Gründungsoffensive sollen systematisch Unternehmensgründungen in der Lausitz initiiert und gefördert werden – Ziel dabei ist auch, solche Aktivitäten mit Maßnahmen zur Eindämmung und schließlich Umkehrung der Fachkräfteabwanderung zu flankieren.
- Entwicklung der Lausitz als Metropolumland für Berlin, Dresden, Leipzig sowie grenzüberschreitend Liberec und Breslau: Diese Perspektive ergibt sich unter anderem aus der immer größeren Differenz von Wohn- und Grundstückspreisen in Metropolen und Peripherie.
- Den Tourismus als noch relativ jungen Wirtschaftszweig, der aber schon vergleichbar viele Beschäftigte aufweist wie die Braunkohlewirtschaft (allerdings mit in der Regel stark nach unten abweichender Bezahlung), weiter entwickeln (Stichworte: Spree, Lausitzer Seenland).
- Weiterentwicklung von landwirtschaftlichen Regionalmärkten aus und für die Lausitz durch Aufbau der dafür notwendigen Logistik.

Schlussbemerkung zur Säule Wirtschaft

Wie erfolgreich auch immer sich eine in der Region von Stakeholdern unterschiedlichster Couleur befürwortete Energiewenderegion Lausitz entwickelt: Sie allein wird die braunkohlebasierte Wertschöpfung nicht vollständig ersetzen können. Innovative Ansätze zur Industrieentwicklung, auch jenseits des Energiesektors, müssen deshalb diese Lücke schließen.

Diese Ansätze sind vorhanden, sie müssen weiterentwickelt und dabei auch finanziell unterstützt werden. Dies in dem Bewusstsein, dass auch öffentlich, zum Beispiel aus einem Strukturwandelfonds des Bundes, geförderte Initiativen, nicht alle erfolgreich sein werden. Dies gilt ebenso für zu fördernde Initiativen und Start-ups, die aus Kooperationen mit oder Ausgründungen aus den regionalen Hochschulen hervorgehen, die der Säule 2 zuzurechnen sind.⁸²

5.4. Die Säule 2: Wissenschaft und Forschung – Wissen als Motor der Zukunft

Wissenschaft und Forschung tragen grundsätzlich und überall zu wirtschaftlicher Entwicklung und zur Entfaltung von Wertschöpfungspotenzialen bei. Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung sind insofern sehr sinnvoll, wenn es um erfolgversprechende Instrumente der Regional- und Strukturpolitik geht. Das bedeutet, dass im Vergleich zur staatlichen Förderung einzelner Technologien oder Branchen, Investitionen in Wissenschaft und Forschung nur mit einem geringen Risiko verlorener Investitionen behaftet sind. Die Forschungspolitik und die Weiterentwicklung der bestehenden Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist schon aus diesem Grund neben der Wirtschaftsförderung die zweite wichtige Säule einer künftigen Strukturpolitik in der Lausitz.

⁸² Berger, W.; Schnellenbach, J. (2017)

Nicht zuletzt wegen der auf Mittel- und Langfristigkeit angelegten Effekte sollte ein substanzieller Anteil der zur Bewältigung des Strukturwandels zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Strukturwandelfonds des Bundes zu einer intelligenten Entwicklung der Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in der Lausitz eingesetzt werden, um die vorhandene Infrastruktur auf diesem Feld zu ergänzen und zu stärken.⁸³

Ausgangspunkt für den Mitteleinsatz ist naturgemäß die bestehende Forschungslandschaft in der Lausitz, die bereits wesentlich durch Energie-, Transformations- und Innovationsforschung geprägt ist.⁸⁴ Dies gilt für beide Länder Brandenburg und Sachsen. Die BTU Cottbus-Senftenberg wurde schon anlässlich der Fusion der damaligen BTU Cottbus mit der Fachhochschule Lausitz im Jahr 2013, aus der sie hervorging, als „Energie-Universität“ eingeführt. Ähnliche Schwerpunktsetzungen gibt es an der Hochschule Zittau/Görlitz⁸⁵ sowie am Internationalen Hochschulinstitut (IHI) in Zittau. Die von der BTU Cottbus-Senftenberg eingerichteten sogenannten „Zukunftsfelder“, zum Beispiel „Energy efficiency and sustainability“, sollen eine hohe Relevanz mit Blick auf den regionalen Wissens- und Technologietransfer entfalten.⁸⁶

Trotz dieser zum Teil auch neuen Schwerpunktsetzungen an den Hochschulen der Region und des partiell großen Engagements der Verantwortlichen, auch durch Kooperationen mit überregionalen For-

⁸³ Berger, W.; Schnellenbach, J. (2017)

⁸⁴ Neben den Mitteln für Kooperationsprojekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, die die Innovationskraft der regionalen Wirtschaft stärken sollen.

⁸⁵ Insbesondere zu nennen ist das TRAWOS Institut (Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung), das zu sozialwissenschaftlichen Fragen von Transformationsprozessen forscht und sich in Zittau unter anderem mit der Dekarbonisierung der kommunalen Energieversorgung befasst.

⁸⁶ Wissenschaftsrat (2016)

schungsinstitutionen, fehlt es der Lausitz noch an einer ganzheitlichen Forschungsstrategie, die einen Rahmen und eine Orientierung für die Weiterentwicklung der Forschungslandschaft geben könnte. Bisher gibt es insbesondere keinen eindeutigen Auftrag von Bund und Ländern, Wissenschaft und Forschung in der Region zu einem autonomen Gestalter und Partner des bevorstehenden und in Teilen bereits laufenden Strukturwandels zu machen.

Ausgeprägter Nachholbedarf besteht sowohl im brandenburgischen als auch im sächsischen Teil der Lausitz bei der außeruniversitären Forschung, und zwar insbesondere auf den Feldern der anwendungsorientierten und unternehmensnahen Forschung. So hat kein einziges eigenständiges Institut der rund 80 Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft seinen Sitz in der Lausitz. Auch andere staatlich geförderte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen fehlen in der Lausitz nahezu vollständig. Dies ist insofern überraschend, als zahlreiche Studien der Region eine zwar stark kleinteilige, aber dennoch ausgeprägte und vielfältige Industriestruktur attestieren.⁸⁷ Auch infolge der über Jahrzehnte durch eine dominierende⁸⁸ Braunkohlewirtschaft geprägten Industrie- und Wirtschaftsstruktur gehören Brandenburg und Sachsen zu einer Gruppe ostdeutscher Länder mit einer besonders niedrigen Gründerquote.⁸⁹ Und dies trotz einer im Bundesländervergleich relativ hohen Gründungsförderung an den Hochschulen.

Die Wissenschaftsregion Lausitz ist gegenwärtig einerseits geprägt durch eine relative (nicht absolute) Dominanz der traditionellen Energiewissenschaft und -technologien und wird partiell auch finanziell von ihr unterstützt. Andererseits gibt es bereits eine Hinwendung zu den Zukunftsfeldern der Forschung, die Nachhaltigkeit und ein künftiges postfossiles und effizientes Energiesystem zum Gegenstand haben.

87 Markwardt et al. (2016)

88 Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (2015)

89 Metzger, G. (2015)

Die Zukunft liegt auf der einen Seite im Ausbau der Kooperationsbeziehungen mit der Wirtschaft vor dem Hintergrund der beschlossenen Energiewende und der daraus entstehenden neuen Forschungs- und Entwicklungsnotwendigkeiten. Auf der anderen Seite muss es Ziel des traditionell energietechnisch geprägten Wissenschaftsstandorts Lausitz sein, sich auch in der Forschung und Entwicklung für das transformierte Energiesystem einen Platz in Deutschland zu sichern.

Wünschenswert ist also neben der Erhaltung und Intensivierung der Wissens- und Transferleistungen in die Wirtschaft auch ein strategischer und zukunftsbezogener Ausbau des Wissenschaftsstandorts Lausitz, der über reine Unternehmenskooperationen hinausweist. Ein ehrgeiziges Ziel einer solchen Ausrichtung wäre die schrittweise Etablierung eines neuen (und ersten) Zentrums der Energiewendeforschung in Ostdeutschland.

Den Wissenschaftsstandort entwickeln, Wissenstransfer verbessern

Somit liegt ein vielfältiger Katalog von Finanzierungsaufgaben auf der Hand, zu denen der Strukturwandelfonds Lausitz einen wesentlichen Beitrag leisten kann. Zunächst geht es um Projekte, die die Folgen des Strukturwandels infolge des schrittweisen Ausstiegs aus der Braunkohleförderung und -verstromung kompensieren, an bestehende Vorhaben anknüpfen oder auch indirekt die Finanzierung bestehender Institutionen sichern oder verbessern.⁹⁰

Wie im Fall der Säule 1 hat der nachfolgende Vorschlagskatalog eher exemplarischen als systematischen und keinesfalls einen abschließenden Charakter. Zunächst geht es um:

90 Dabei kann der Strukturwandelfonds des Bundes sicherlich nicht eine adäquate Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder ersetzen, wohl aber an manchen Stellen Defizite entschärfen; siehe auch Berger, W.; Schnellenbach, J. (2017), S. 27 f.

- die Sicherung der Finanzierung bestehender Hochschulen, Lehrstühle und Innovationscluster an den Hochschulen, die bisher in Teilen auch aus Mitteln der (Braunkohle-)Industrie finanziert wurden und wegen Gewinneinbußen im Zuge der Energiewende oder veränderter Unternehmenspolitik nach dem Eigentümerwechsel reduziert werden oder ganz wegfallen könnten;
- die Weiterentwicklung und Intensivierung vorhandener Kompetenzen in den Bereichen *Power-to-X*, Energiespeicher, Bereitstellung von Systemdienstleistungen zur Stromversorgung und Steuerung sektorengekoppelter regionaler Energiesysteme;
- die Weiterentwicklung und Intensivierung vorhandener Kompetenzen, auch auf Zukunftsfeldern jenseits der unmittelbaren Energie- und Energiewendeforschung (zum Beispiel Fachgebiete der BTU Cottbus-Senftenberg wie Nachrichtentechnik, Multiparameterdiagnostik);
- den Ausbau des Innovationszentrums Moderne Industrie Brandenburg (IMI) an der BTU Cottbus-Senftenberg zu einer Anlaufstelle, die Unternehmen auf dem Weg in die Digitalisierung begleitet;
- die Einrichtung von „Zukunftslehrstühlen“ an den bestehenden Hochschulen.

Eine neue Forschungsregion für Deutschland

Mindestens ebenso wichtig ist jedoch der Ausbau der Lausitz zu einem neuen Standort der Energiewende-, Klimaschutz- und Raumentwicklungsforschung in Deutschland und damit der langfristigen Schaffung neuer Identifikationsangebote für die Region. Folgende Vorschläge sind zu prüfen und zu diskutieren:

- Etablierung eines Fraunhofer-Instituts für die Dekarbonisierung der Industrie in Cottbus: Neben dem Abschied von Kohle, Öl und Gas in der Energiewirtschaft wird auch der Klimaschutz in der Industrie zu einer großen Herausforderung werden. Für Produktionsprozesse, die derzeit noch CO₂-Emissionen zwangsläufig mit sich bringen, wird nach neuen Lösungen gesucht, die teilweise in *Power-to-X*-Technologien, teilweise aber auch in neuen Produktionsverfahren liegen werden. Anknüpfend an bestehende Forschungsschwerpunkte der BTU Cottbus-Senftenberg wäre es das Ziel einer solchen Institutsgründung, zu einem Zentrum für technische, ökologische und wirtschaftliche Fragen einer CO₂-freien Industrie zu werden. In diesem Feld ist weltweit mit einer deutlich wachsenden Nachfrage anwendungsorientierter Forschung zu rechnen. Aufbauend auf der in der Region vorhandenen wissenschaftlichen Expertise besteht hier die Chance, die Lausitz zu einem führenden wissenschaftlichen Kompetenzzentrum zu entwickeln.
- Neuansiedlung eines außeruniversitären Forschungsinstituts zur postfossilen Transformation. Anknüpfend etwa an die Arbeit des Forschungsinstituts für Bergbaufolgelandschaften (FIB) in Finsterwalde und der BTU Cottbus-Senftenberg wäre es das Ziel einer solchen Institutsgründung, zu einem Zentrum für technische, ökologische und wirtschaftliche Fragen der Beendigung des Kohlebergbaus zu werden. Dieses Thema wird in Zukunft in immer mehr Regionen der Welt hochrelevant werden.
- Schaffung eines außeruniversitären Forschungsinstituts für Demografie und peri-urbanen Raum in Görlitz: Demografische Umbrüche und Migration, die fortschreitende Digitalisierung und der Wandel ehemals fossil geprägter Industriestrukturen stellen peri-urbane Räume als Grenz- und Übergangsräume zwischen dem Land, ehemaligen Industrie- und Bergbauregionen sowie städtischen Metropolräumen überall in den Industriestaaten vor besondere Herausforderungen. Kommunalpolitik und Regionalplanung, aber auch die Betreiber öffentlicher Infrastruktur stehen hierbei vor der Aufgabe, mit begrenzten Ressourcen und bei sich auflösenden Geschäftsmodellen parallele Transformationsprozesse gleichzeitig gestalten und endogene Entwicklungspotenziale wecken zu müssen. Ein außeruniversitäres Forschungsinstitut könnte eng mit entsprechenden Einrichtungen beispielsweise an der Hochschule Zittau/Görlitz zusammenarbeiten. Insbesondere würde es sich der Aufgabe widmen, wirtschaftlich tragfähige Lösungen

an der Schnittstelle zwischen staatlichem, privatwirtschaftlichem und gemeinwirtschaftlichem Handeln zu entwickeln.

→ Gründung einer Bundesakademie für Energiepartnerschaft: Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Energiewendeaußenpolitik in den vergangenen Jahren mit einer Reihe von Partnerstaaten intensive Energiepartnerschaften etabliert, regelmäßige Delegationsreisen nach Berlin sind die Folge. Durch die Nähe zur Lausitz und die Demonstration von Energiewendetechnologien, aber auch mit Transformationsprozessen vor Ort kann so den Energiewendepartnern aus der ganzen Welt das „Labor Energiewende“ vermittelt werden. Primäres Ziel der energiepartnerschaftlichen Zusammenarbeit ist vor allem die Unterstützung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und bei der Verbreitung effizienter Energietechnologien. Diese Partnerschaften nehmen von Fall zu Fall eine unterschiedliche Gestalt an; ihnen allen gemein ist jedoch ein hohes Maß an bilateralem Austausch sowie an Konsultationen, Erfahrungsaustausch und *Peer-learning*-Prozessen mit Vertretern von Regierungen, Behörden, Unternehmen und der Zivilgesellschaft.

Schlussbemerkung zur Säule Wissenschaft

Wissenschaft und Forschung in der Lausitzregion sind mit zwei Anforderungen konfrontiert, die beide durch den bevorstehenden schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung eher schwieriger zu erfüllen sind. Zum einen soll die Innovationskraft der regionalen Wirtschaft durch Wissenstransfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft gestärkt werden, zum anderen sollen die Wissenschaftsinstitutionen selbst an wissenschaftlicher Reputation und Exzellenz gewinnen, um auch über diesen Weg die Attraktivität des Standorts zu erhöhen. Beide Anforderungen zusammen zwingen insbesondere die Hochschulen der Region in einen Spagat, der durch eine gegenwärtig unzureichende Ressourcenausstattung verschärft wird. Deshalb benötigen Wissenschaft und Forschung eine eigene Säule innerhalb eines Strukturwunderfonds des Bundes.

In der Praxis wird es im Fall der Umsetzung des Vorschlags voraussichtlich Projekte und Projektanträge geben, die sowohl aus der Säule Wirtschaft als auch aus der Säule Wissenschaft finanziert werden können. Dies, aber auch die anteilige Finanzierung eines Projekts aus beiden Säulen, sollte grundsätzlich möglich sein.

5.5. Die Säule 3: Infrastrukturen für das 21. Jahrhundert

Intakte öffentliche Infrastrukturen auf der Höhe der Zeit bilden eine notwendige, wenn auch noch keine hinreichende Grundlage für die Zukunftsfähigkeit eines jeden (Industrie-)Standortes. Das gilt für Deutschland und Europa ebenso wie „im Kleinen“ für die Lausitz und andere Regionen, insbesondere wenn sie sich einem tiefgreifenden Strukturwandel ausgesetzt sehen oder ihn aktiv gestalten wollen. Intakte und moderne Infrastrukturen erleichtern das Leben – für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Handwerk und Industrie. Letztlich sind zeitgemäße Infrastrukturen die Grundvoraussetzung für die Attraktivität einer Region.

Deshalb haben Infrastrukturprojekte oftmals Signalcharakter. Sie sind Zeichen des Aufbruchs und nicht zuletzt aus diesem Grund auch attraktiv für Entscheidungsträger in der Politik. Oftmals betreffen sie nicht nur spezifische Interessen und Segmente der Gesellschaft (wie zum Beispiel Innovationsförderung für Betriebe), sondern es profitiert die gesamte Bevölkerung.

Im Mittelpunkt: Mobilität und schnelles Internet

Die Lausitz ist eine kleine Region, umgeben von den Metropolregionen Berlin, Dresden und Leipzig sowie den benachbarten EU-Ländern Polen und Tschechien. Es liegt auf der Hand, dass die verkehrliche und elektronische Vernetzung mit diesen Regionen zentral ist für eine positive Entwicklungsperspektive. Deshalb stehen die Verbesserung von Mobilitätsangeboten in der Region und die verkehrliche Vernetzung mit

den umgebenden Metropolregionen auf Schiene und Straße sowie die Schaffung einer modernen digitalen Infrastruktur (schnelles Internet) im Mittelpunkt praktisch aller Forderungen aus der Region an den Bund. Die Vorschläge unterscheiden sich allenfalls in der Prioritätensetzung.

Ein Fokus der Vorschläge zur Fortentwicklung der regionalen Infrastrukturen richtet sich auf die Verbesserung der Verkehrsanbindung an andere Regionen. In einer gemeinsamen Erklärung fordern etwa die Länder Brandenburg und Sachsen „eine flächendeckend gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur“, die mittel- und langfristig wesentlich über die Attraktivität des Standorts entscheide. Dazu müsse der Bund „viel schnellere“ Investitionen „unter anderem in Schienenverkehrsinfrastruktur, in Fernstraßen sowie die digitale Infrastruktur“ tätigen.^{91, 92}

Natürlich sind nicht alle Infrastrukturvorhaben auf eine (Teil-)Finanzierung aus dem hier vorgeschlagenen Strukturwandelfonds angewiesen. Verkehrsinfrastrukturen etwa werden von jeher vom Bund maßgeblich mitfinanziert. Das Nähere regelt der Bundesverkehrswegeplan. Dennoch können auch solche Infrastrukturen durch zusätzliche Mittel aus dem hier vorgeschlagenen Fonds schneller „gängig“ gemacht werden.

Neben Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur und eines beschleunigten Ausbaus der digitalen Infrastruktur steht in der Lausitz aktuell die regionale Infrastrukturunterhaltung und -entwicklung unter erheblichem Druck: Viele Kommunen in der Lausitz sind mit massiv schrumpfenden Steuereinnahmen konfrontiert, vor allem, weil die LEAG beziehungsweise ihr Vorgängerunternehmen Vattenfall wegen

einbrechender Gewinne erheblich weniger Gewerbesteuer entrichten oder sogar bereits getätigte Vorauszahlungen zurückfordern. An den zentralen Industriestandorten geht es dabei um Millionenbeträge, zum Teil im zweistelligen Bereich pro Jahr.^{93, 94}

Ein Förderantrag von Landkreisen der Lausitz und der Stadt Cottbus im Rahmen der Experimentierklausel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) aus dem Jahr 2016 (inzwischen genehmigt), der auch Infrastrukturplanungen in der Region adressiert, wurde unter anderem ausdrücklich damit begründet, dass die in einer Reihe von Landkreisen und der Stadt Cottbus äußerst angespannte Haushaltslage außerhalb der kommunalen Pflichtaufgaben „keinen finanziellen Spielraum“ mehr für Maßnahmen zur Infrastrukturentwicklung lasse.⁹⁵ Die Vergabe von Projekten aus der Infrastruktur-Säule soll daher diese Sonder-situation in den kommunalen Haushalten bei der Entscheidung über die Projekte berücksichtigen.

Vorschläge zum Ausbau der Schieneninfrastruktur

- Bessere Anbindung an Berlin: Zweigleisiger Ausbau der Strecke Cottbus-Lübbenau und direkte Anbindung der Bahnstrecke an den künftigen Berliner Flughafen BER
- Bessere Anbindung an Dresden: Ausbau der Verbindung Görlitz-Bautzen-Dresden, Elektrifizierung der zentralen Schienenachsen in Nord-Süd-Richtung (Strecke Cottbus-Görlitz-Zittau) und in Ost-West-Richtung (Strecke Dresden-Görlitz) als Voraussetzung für den Wiederanschluss der Lausitz an den Bahnfernverkehr; außerdem Beschleunigung der Verbindung Cottbus-Dresden-Leipzig
- Bessere Lausitz-Binnenmobilität: Ausbau des „kleinen Grenzverkehrs“ zwischen den Bundesländern Brandenburg und Sachsen für eine bessere Binnenmobilität in der Lausitz, weil die

91 Landesregierungen Brandenburg und Sachsen (2017)

92 Im Bundestagswahlkampf präziserte der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) die Forderung und verlangte eine „dreispurige Autobahn von Berlin bis zum Dreieck Spreewald“, siehe Leipziger Volkszeitung 03.08.2017.

93 Schwartzkopff, J.; Schulz, S. (2015)

94 Banse, P. (2017)

95 Lausitz-Landkreise (2016)

bisherige fast ausschließliche Orientierung des Personennahverkehrs in Richtung der Hauptstädte Verkehrsbeziehungen innerhalb der Lausitz erschwert⁹⁶

- Bessere grenzüberschreitende Anbindung: Wiedereröffnung der Fernverkehrsverbindungen von Dresden nach Wrocław/Breslau und von Berlin nach Wrocław/Breslau, deren Aufgabe beziehungsweise Beschränkung auf Sonderzüge an Wochenenden die Lausitz vom Bahnfernverkehr abgekoppelt haben

Mobilitätsentwicklung im ÖPNV

- Absicherung der Grundversorgung im ÖPNV in ländlichen Gebieten angesichts eines anhaltenden Bevölkerungsrückgangs und perspektivisch optimale länderübergreifende Abstimmung und Gestaltung der Angebote im ÖPNV
- Entwicklung einer integrierten Mobilitätsstrategie für die Gesamtregion Lausitz zur Gewährleistung der inneren Mobilität des Wirtschaftsraumes und der nationalen sowie internationalen verkehrlichen Vernetzung, mit dem Ziel einer optimalen Infrastrukturanbindung für Bestandsunternehmen und attraktiver Bedingungen für ansiedlungswillige Investoren⁹⁷

Fernstraßen

- Bessere Anbindung der Lausitz an das Autobahnnetz beziehungsweise Ausbau von mehrspurigen Bundesstraßen: Die mangelnde überregionale Anbindung durch Fernstraßen wird vor allem im Zusammenhang mit dem größten Industriestandort in der Lausitz, dem Industriepark Schwarze Pumpe (ISP) bei Spremberg, thematisiert und als Hindernis für Firmenneuan siedlungen angesehen. Die Lage ist historisch durch die gewünschte Nähe des Braunkohlekraftwerks zum zugehörigen Tagebau bedingt. Verbesserungsbedarf besteht vor allem

in Richtung Süden (Großraum Dresden), Südosten (Richtung Tschechien) und Osten (Richtung Polen).

Digitale Infrastruktur

- Bereitstellung einer flächendeckenden, länderübergreifenden und leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur für ein schnelles Internet in allen Zentren der Lausitz, ohne die wirtschaftliche Entwicklung künftig kaum mehr möglich ist.⁹⁸

Schlussbemerkung zur Säule Infrastrukturen

Infrastrukturvorhaben zur Anbindung peripherer Regionen an die umgebenden Metropolregionen haben neben dem praktischen auch einen hohen Symbolwert. Im Gegensatz zu oft umstrittenen Großprojekten (Stichwort Lausitzring) sind Investitionen in Infrastrukturen wenig umstritten, da sie als Maßnahmen gegen das Abgehängtwerden von Regionen gegenüber den Metropolen aufgefasst werden. Eine zeitgemäße verkehrliche und digitale Anbindung erhöht aber auch sehr praktisch die Attraktivität einer Region, sowohl für die Menschen als auch für Unternehmen, die jeweils auf günstigere Lebensbedingungen beziehungsweise Kostenstrukturen hoffen können. So rückt die Lausitz bei einer besseren digitalen Infrastruktur und einer guten Bahnanbindung, insbesondere an den BER, sehr nah an die boomende Metropole Berlin heran, mit der Attraktivität deutlich niedrigerer Lebenshaltungskosten im Vergleich zur Hauptstadt. Insofern gehört die infrastrukturelle Vernetzung zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Strukturentwicklung.

5.6. Die Säule 4: Eine Zukunftsstiftung für die Lausitz

Es ist offenkundig, dass sich der Strukturwandel in der Lausitz nicht allein mit den eingeübten Instrumenten der Anpassungshilfen für die unmittelbar

96 Landtagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg und Sachsen (2017)

97 Lausitz-Landkreise (2016)

98 Lausitz-Landkreise (2016); Landtagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg und Sachsen (2017); Landesregierungen Brandenburg und Sachsen (2017)

betroffenen Beschäftigten, der klassischen Wirtschaftsförderung durch Schaffung günstiger Investitionsbedingungen oder den Ausbau der Infrastruktur, bewältigen lassen wird. Jenseits solcher Basisfaktoren zieht es Unternehmen und junge, gut ausgebildete Menschen heute vermehrt an Orte mit einer hohen Lebensqualität, mit vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung, des Engagements und der Kultur. Zugespielt formuliert: Noch mehr als Gewerbegebiete sind es Menschen, die eine Region entwickeln. Damit etwa Studenten der BTU Cottbus-Senftenberg nach dem Studium in der Region bleiben, müssen sie vor Ort ein gesellschaftliches Leben und ein kulturell interessantes Angebot vorfinden, dass auch für junge Menschen attraktiv ist.

Ein vielfältiges gesellschaftliches Leben, ehrenamtliches Engagement in sozialer Arbeit, in Bildung, Sport und Kultur, eine lebendige Kulturlandschaft – diese Faktoren prägen die Lebensqualität einer Region. Sie bestimmen, wie sehr sich Menschen ihrer Heimat verbunden fühlen. Und sie sind ausschlaggebend dafür, welche Zukunft sie dort für sich und ihre Familien sehen, sei es, bei der Entscheidung zu bleiben, zurückzukehren oder neu zu kommen.

Die Lausitz benötigt deshalb neben Wirtschaftsförderung und Innovationsimpulsen, neben einer Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft und einer Modernisierung der regionalen Infrastrukturen eine weitere tragende Säule, damit der Strukturwandel erfolgreich gestaltet werden kann. Diese Säule muss nah bei den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Bedürfnissen nach Beteiligung, Eigeninitiative und Mitgestaltung der Zukunft errichtet werden. Ziel eines solchen Impulses sollte auch sein, die über Jahrzehnte gewachsenen gesellschaftlichen Spaltungen, die zwischen den Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft und denen, die aufgrund von erzwungenen Umsiedlungen ihre Heimat verloren haben, zu thematisieren, um sie dann allmählich zu überwinden.

Am ehesten kann das gelingen, wenn aus Altem schrittweise Neues entsteht, wenn die Summe geför-

derter Initiativen, Projekte oder auch kleiner Start-ups die Attraktivität der Region steigert – sowohl für die eingesessene Bevölkerung als auch für potenzielle Neuankömmlinge, die in der Lausitz nicht nur arbeiten, sondern auch leben wollen. Aus guten Absichten muss eine für die Gesamtgesellschaft erkennbar veränderte Realität werden. Das ist der zweite Grund für eine vierte Säule. Wenn die Abwanderung gebremst oder gestoppt werden soll – eine notwendige Bedingung für den angestrebten Erhalt der Lausitz als industriell geprägte Region –, dann muss die Region an Attraktivität gewinnen. Sie braucht mehr bürgerschaftliches Engagement, mehr und neue Identifikationspunkte und wenn schon nicht unbedingt ein neues Leitbild, dann doch eine öffentlich geführte und wahrgenommene Debatte darüber, wo sich die Lausitz nach der Kohle verortet.

Als Organisationsform für diese vierte Säule zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements greift Agora Energiewende eine Idee auf, die in der Debatte schon gelegentlich thematisiert wurde:⁹⁹ Die Gründung einer Stiftung, die sich aus Mitteln des Strukturwandelfonds des Bundes finanziert. Eine solche Stiftung ist geeignet, eine Reihe von Problemen zu lösen.

- Die Stiftung als eigenständige Säule des Strukturwandelfonds mit einem fixierten jährlichen Mittelzufluss stellt sicher, dass von Anfang an ein angemessener Anteil der Fondsmittel den zivilgesellschaftlichen Initiativen zukommt.
- Sie kann helfen, den Boden zu bereiten für eine lebendige Zivilgesellschaft, in der Ideen gedeihen, die insgesamt die Lebensqualität der Menschen erhöht und damit auch die Attraktivität der Region.
- Die Stiftungskonstruktion ist geeignet, weil ihr unabhängig von der Höhe der beantragten Mittel ein garantierter Jahresbetrag zufließt, der zwei Zwecken dient: erstens dem Aufbau des Stiftungsvermögens und zweitens der Förderung von Pro-

99 Lüdtko, H. (2017); Landtagsfraktionen Bündnis 90/ Die Grünen Brandenburg und Sachsen (2017)

jekten, Kleinunternehmen mit Innovationsideen etc., die von der Stiftung selbst begutachtet werden und über deren Förderung sie selbst entscheidet.

→ Unabhängig davon, wie viel projektbedingter Mittelabfluss generiert wird, erhält die Stiftung jährlich 25 Millionen Euro. Dies ist insbesondere dann sinnvoll, wenn in der Startphase des Fonds möglicherweise erst wenige Initiativen existieren, die Projekte realisieren könnten, und dementsprechend anfangs ein geringer Mittelabfluss in diesem Bereich generiert wird. Nicht verwendete Projektmittel erhöhen so das Stiftungskapital für spätere Jahre.

Die Stiftungskonstruktion entlastet so die Zivilgesellschaft von dem (Zeit-)Druck, möglichst schnell möglichst viele Projektideen zu entwickeln, damit Mittel des Bundes, die zwar bereitgestellt, aber nicht abgerufen werden, nicht anderen Säulen zufallen oder verfallen. Ziel soll es sein, den Anteil der Projektförderung über die Jahre gegenüber dem zum Vermögensaufbau eingesetzten Anteil stetig zu vergrößern. Das könnte vor Anfangsschwierigkeiten und Enttäuschungen schützen. Denn ein Teil des aus der Gesellschaft angeregten Strukturwandelprozesses muss es sein, zunächst Strukturen zu entwickeln, die finanzielle Unterstützung konstruktiv und vor allem nachhaltig nutzen können.

Gleichzeitig gilt für Stiftungsmittel, wie für alle anderen aus dem hier vorgeschlagenen Strukturfonds geförderten Projekte, Organisationen und Unternehmen, das Ziel der Selbsttragung. Unterstützt werden sollen also möglichst vor allem solche Projekte, die in absehbaren Fristen ohne Unterstützung auskommen können.

Die Stiftung würde mit der Lausitz einer Region zugutekommen, die bundesweit pro Kopf der Bevölkerung mit die geringste Zahl gemeinnütziger Stiftungen aufweist.¹⁰⁰ Sie würde die Möglichkeiten

deutlich verbessern, schnell und direkt kulturelle, soziale oder Bildungsinitiativen zu fördern. Auch für die Neugründung von Unternehmen, für die Stadtentwicklung oder die Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen könnte sich die Stiftung zu einem wichtigen Faktor entwickeln, um Eigeninitiative und Engagement anreizen und fördern zu können. Mit der Etablierung einer Lausitzstiftung des Bundes würde ein wichtiger Beitrag geleistet, die vergleichsweise schwach ausgeprägten zivilgesellschaftlichen Strukturen und gleichzeitig die „Stiftungsarmut“ der Region nachhaltig zu verbessern.

Die Zukunftsstiftung des Bundes könnte als Dach für regional ausgerichtete Stiftungen in den drei Braunkohlerevieren organisiert oder als Zukunftsstiftung Lausitz ausschließlich für die Lausitz konzipiert werden. In jedem Fall würde durch eine solche Stiftung die Zivilgesellschaft in die Lage versetzt, einerseits beim Strukturwandel sofort Impulse zu setzen, andererseits ein dauerhafter Entwicklungsfaktor zu bleiben. Der Aufbau des Stiftungsvermögens über einen langen Zeitraum würde zudem sicherstellen, dass die Lausitzstiftung auch nach dem Kohleausstieg mit den dann hoffentlich erzielten Erträgen aus dem Stiftungsvermögen weiterhin tätig sein und dauerhaft zu einer hohen Lebensqualität in der jeweiligen Region beitragen könnte.

In ihrer operativen Arbeit würde die regional ausgerichtete Stiftung Impulse setzen, die mit dem Auf- und Zubau von Infrastrukturen, der Wirtschaftsförderung oder der Entwicklung der Wissenschaftslandschaft allein nicht zu erzielen wären – die Stiftungsarbeit würde also ergänzend zu diesen Feldern wirksam. Konkret würde die Stiftung durch eigene Programme, vor allem aber fördernd tätig werden, um bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Kultur und Ehrenamt, Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und soziale Arbeit zu unterstützen. Leitgedanke bei der Tätigkeit der Stiftung wäre dabei das Ziel, die Lebensqualität in einer grenzüberschreitenden, postfossilen und industriell geprägten Region zu stärken – nicht zuletzt, damit die Region insgesamt

¹⁰⁰ Zur deutschen Stiftungslandschaft siehe vor allem Bundesverband Deutscher Stiftungen www.stiftungen.org

an Attraktivität gewinnt und die anhaltende Abwanderung gebremst und schließlich umgekehrt würde.

Als erste konkrete Projektvorschläge wären denkbar:

- Entwicklung von Beteiligungsformaten zur regionalen Entwicklung und Initiativen zur Etablierung einer nachhaltigen Leitbilddiskussion
- Unterstützung von Kunst und Kultur in der Region, unter anderem durch Festivals (Film, Theater, Musik) und Kulturwochen
- Unterstützung von zivilgesellschaftlich gebundenen Start-ups (Fokus Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Tourismus etc.)
- Unterstützung von Landsmannschaften, sorbischer Minderheit und grenzüberschreitenden Initiativen
- Unterstützung von Initiativen zur Landeskultur, zur Aufarbeitung der Kultur- und Technikgeschichte der Lausitz
- Unterstützung von Initiativen aus den von Umsiedlung bedrohten Dörfern, von Umwelt- und Klimaschützern, aber auch von gesellschaftlichen Gruppen, wie den Kirchen, die hier ihre besondere Kompetenz haben
- Vernetzung mit anderen betroffenen Bergbauregionen; Teilen von Erfahrungen
- Kommunikation von gelungenen Strukturwandelvorbildern auch über nationale Grenzen hinaus

Schlussbemerkung Lausitzstiftung

Die Stiftung soll in der Gesamtkonstruktion des Strukturwandelfonds Lausitz nicht allein, aber doch vorrangig den Unterschied machen zu den Strukturwandelprogrammen der Vergangenheit. Hier findet der Blick in die Zukunft statt. Es soll ein gemeinsamer Blick sein, in dem die Auseinandersetzungen der Vergangenheit mit der Zeit zugunsten der Strukturentwicklung einer neuen Lausitz in den Hintergrund treten. Die Lausitzstiftung soll ein Kristallisationspunkt werden für eine neue Lausitz. Ihre Programme sollen nicht einseitig zivilgesellschaftliche Initiativen im kulturellen Bereich fördern, sondern auf unterschiedlichen Feldern aktiv sein und so auch die Menschen ansprechen, die auf Deutsch „Macher“ und auf neudeutsch „Kreative“ heißen. Das ist ein hoher

Anspruch. Er setzt voraus, dass bei der Besetzung der Stiftungsgremien ein ausgeprägter Wille zur Pluralität vorhanden ist und durchgesetzt wird.

6. Fazit: Den Blick nach vorn richten

Das hier für das Lausitzer Revier entwickelte Konzept zur Ausgestaltung eines Strukturwandelfonds Braunkohleregionen versteht sich als ein Angebot. Ein Angebot, das sich erstens richtet an die Menschen in der Lausitz, die in wachsender Zahl in ihren jeweiligen Zusammenhängen für eine gute Zukunft für ihre Region streiten wollen. Und ein Angebot, das sich zweitens richtet an die überregionale Politik, insbesondere die neue Bundesregierung, die sich in ihrer bevorstehenden Amtszeit dem Übergang aus dem fossilen in das neue Zeitalter der Erneuerbaren Energien aktiv widmen muss. Die hier vorgestellten vier Säulen eines Strukturwandelfonds Lausitz – Wirtschaft, Wissenschaft, Infrastruktur und Zivilgesellschaft – basieren auf intensiven und vertrauensvollen Diskussionen mit Akteuren aus der Lausitz. Es ist der Versuch, diese Diskussionen zu bündeln zu einer gemeinsamen, handhabbaren Struktur.

Die anstehende 19. Legislaturperiode sollte genutzt werden, von vergleichsweise abstrakten Diskussionen über Klimaschutzpläne und Klimaschutzziele überzugehen in die Phase konkreter Maßnahmen, die ab 2019 tatsächlich wirken – sowohl im Bereich Klimaschutz als auch im Bereich Strukturwandel. Agora Energiewende plädiert dafür, das Vorgehen gemeinsam in einem breiten gesellschaftlichen Konsens zu verabreden. Nur dann entsteht Planungssicherheit für alle Beteiligten. Planungssicherheit ist die Voraussetzung dafür, dass der Wirtschafts- und Exportstandort Deutschland insgesamt die Zukunftschancen optimal nutzen kann, die mit der Energiewende verbunden sind. Zudem muss alles getan werden, damit der Strukturwandel in den betroffenen Kohleregionen nicht zu weniger, sondern zu mehr Beschäftigung und Lebensqualität führt. Der Strukturwandelfonds Braunkohleregionen versteht sich als ein Beitrag zur Erreichung dieses Ziels.

Es geht darum, jetzt nicht noch einmal die Schichten der Vergangenheit zu schlagen, sondern den Blick nach vorn zu richten und die Zukunft der Lausitz aktiv zu gestalten. Am Ende könnte ein Strukturwandel stehen, der nicht wie manche Strukturbrüche der Vergangenheit als Schreckgespenst im kollektiven Gedächtnis bleibt, sondern als von den regionalen Akteuren gestalteter Übergang hin zu einer Region, die für die strukturellen und demografischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gut gerüstet ist.

Literaturverzeichnis

AG Energiebilanzen (2017): Bruttostromerzeugung in Deutschland ab 1990 nach Energieträgern.

Agora Energiewende (2016a): Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens. Konzept zur schrittweisen Dekarbonisierung des deutschen Stromsektors (Langfassung).

Agora Energiewende (2016b): Was bedeuten Deutschlands Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen? Eine Analyse auf Basis der Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens.

Agora Energiewende (2017a): Energiewende 2030: The Big Picture. Megatrends, Ziele, Strategien und eine 10-Punkte-Agenda für die zweite Phase der Energiewende.

Agora Energiewende (2017b): Das Klimaschutzziel von -40 Prozent bis 2020: Wo landen wir ohne weitere Maßnahmen?

Banse, P. (2017): Krater in der Kasse. Deutschlandfunk (DLF). www.deutschlandfunk.de/braunkohleausstieg-krater-in-der-kasse.697.de.html?dram:article_id=390410

Berger, W.; Schnellenbach, J. (2017): Strategien für die Forschungslandschaft Lausitz im Strukturwandel. Noch unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des Lausitzer Perspektiven e. V.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016): Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf

Bündnis 90/Die Grünen (2017): Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017. www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf

CDU/CSU (2017): Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017–2021. www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1

CDU-Landtagsfraktionen Brandenburg und Sachsen (2017): Zukunft der Lausitz. www.epenportal.de/filemanager/storage/lt-fraktion-37856/positionspapier_zukunft_der_lausitz_final_170307.pdf

Die Linke (2017): Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle. Die Zukunft für die wir kämpfen – Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017. www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf

Energieregion Lausitz-Spreewald/Wirtschaftsinitiative Lausitz (2017): Stellungnahme zu Klimaschutzplan 2050 und Bundestagswahl 2017. www.wil-ev.de/tl_files/Pressemitteilungen/2017/2017-07%20Statement%20WiL%20WRL.pdf

Europäische Kommission (2016a): Clean Energy For All Europeans. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the Committee of the Regions and the European Investment Bank; COM(2016) 860 final. ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/EN/COM-2016-860-F1-EN-MAIN.PDF

Europäische Kommission (2016b): Clean Energy For All Europeans. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the Committee of the Regions and the European Investment Bank. ANNEX 2: Action to boost the clean energy transition; COM (2016) 860 final. ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/EN/COM-2016-860-F1-EN-ANNEX-2-PART-1.PDF

Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (2016): Zentrum für Dialog und Wandel – Konzept für die Umsetzung

des Beschlusses der Landessynode zur kirchlichen Begleitung der Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz.

www.ekbo.de/fileadmin/ekbo/mandant/ekbo.de/files_ekbo.de/1._WIR/04._Landessynode/08._2016_Herbst_Vorlagen/DS33_KonzeptLausitz_Zentrum_Dialog_und_Wandel_GFB_160919_-_komprimiert.pdf

Handwerkskammer Cottbus (2017): Statement zum LEAG-Revierkonzept.

www.lausitz-branchen.de/branchenbuch/2017/03/31/hwk-cottbus-statement-zum-leag-revierkonzept/

IHK Cottbus (2017): Energiepolitik bremst Investitionen in Lausitzer Kohlebranche aus.

www.cottbus.ihk.de/servicemarken/presse/Pressemitteilungen/Neuer-Inhalt3/3699096

Ifo (2013): Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz: Bestandsaufnahme und Perspektiven. Unter Mitarbeit von R. Ragnitz, S. Kluge, R. Lehmann und F. Rösel. Hg. v. Wirtschaftsinitiative Lausitz.

Innovationsregion Lausitz (2017): LEAG Revierkonzept untermauert Strukturwandel.

www.lausitz-branchen.de/branchenbuch/2017/03/31/leag-revierkonzept-untermauert-strukturwandel/

Jurk, T. (2016): Die „Lausitzrunde“ im Gespräch mit Sigmar Gabriel. Pressemitteilung vom 28.09.2016.

www.thomas-jurk.de/die-lausitzrunde-im-gespraech-mit-sigmar-gabriel/

Landesamt für Bauen und Verkehr (2015): Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg 2014–2040, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Landesregierungen Brandenburg und Sachsen (2017): Grundsatzpapier „Gemeinsam für die Zukunft der Industrieregion Lausitz“ vom 12.06.2017.

http://mwe.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/Lausitz_Grundsatzpapier_MWE_KV_ATF_RS.pdf

Landtagsfraktionen Brandenburg und Sachsen der CDU (2017): Zukunft der Lausitz. Erklärung der CDU-Landtagsfraktionen Brandenburg und Sachsen. Positionspapier.

www.cdu-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/FINAL_Positionspapier_Zukunft_der_Lausitz_170307.pdf

Landtagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg und Sachsen (2017): Grüne Schlüsselprojekte für die Zukunft der Lausitz.

www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Hintergrundpapiere/HP_Strukturwandel_Lausitz_2017-06.pdf

Lange, H.R.; Krüger, W. (2017): Das Lausitz-Papier. www.cottbus.ihk.de/servicemarken/presse/Aktuelle-Meldungen/Das-Lausitz-Papier/3619526

Lausitzer Perspektiven e. V. (2016): Lausitzer Erklärung.

Lausitzer Rundschau (10.10.2016): Strukturwandel in der Lausitz fehlt die Struktur

www.lr-online.de/nachrichten/Tagesthemen-Strukturwandel-in-der-Lausitz-fehlt-die-Struktur;art307853,5636714

Lausitzer Rundschau (29.06.2017): Energieregion Lausitz verwandelt sich in die Wirtschaftsregion www.lr-online.de/nachrichten/wirtschaft/Energieregion-Lausitz-verwandelt-sich-in-die-Wirtschaftsregion;art1067,6060094

Lausitz-Landkreise (2016): Entwicklung neuer Perspektiven für eine länderübergreifende Regionalentwicklung in der Lausitz. Antrag gemäß

Experimentierklausel aus der brandenburgischen und sächsischen Lausitz vom 26.08.2016.

Lausitzer Perspektiven e. V. (2016): Lausitzer Erklärung
www.lausitzer-perspektiven.de/de/verein/lausitzer-erklaerung

LEAG (2017): LEAG legt Revierkonzept für die Lausitz vor. Grundlage für die Entwicklung in nächsten 25 bis 30 Jahren. Pressemitteilung vom 30.07.2017
www.leag.de/de/news/details/leag-legt-revierkonzept-fuer-die-lausitz-vor/

Leipziger Volkszeitung (03.08.2017): Nach aus für Braunkohle: Wird die Lausitz zur Sonderwirtschaftszone?
www.lvz.de/Mitteldeutschland/Wirtschaft/Nach-aus-fuer-Braunkohle-Wird-die-Lausitz-zur-Sonderwirtschaftszone

Lüdtke, H. (2017): Strategien zur Förderung der Lausitzer Zivilgesellschaft im Strukturwandel – Die Bundesstiftung. Noch unveröffentlichte Studie im Auftrag Lausitzer Perspektiven e. V.

Manager-Magazin (16.04.2016): Vattenfall gibt deutsches Braunkohlerevier an Tschechen ab – und zahlt drauf
www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/vattenfall-braunkohlesparte-an-tschechische-eph-verkauft-a-1087806.html
 (abgerufen 23.08.2017)

Markwardt et al. (2016): Strukturwandel in der Lausitz. Wissenschaftliche Auswertung der Potenzialanalysen der Wirtschaft der Lausitz ab 2010. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg.

Märkische Onlinezeitung (31.05.2016): ZAB heißt jetzt wieder „Wirtschaftsförderung“
www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1486927

Metzger, G. (2015): Deutschland einig Gründerland? Mitnichten! Ein Bundesländervergleich. In: kfw research, Nr. 111, 27.11.2015.

Öko-Institut (2017): Die deutsche Braunkohlenswirtschaft. Historische Entwicklungen, Ressourcen, Technik, wirtschaftliche Strukturen und Umweltauswirkungen. Studie im Auftrag von Agora Energiewende und der European Climate Foundation.

Pro Lausitzer Braunkohle e. V. (2017): Pro Lausitz begrüßt die Klarheit nach der LEAG-Entscheidung: Nun ist die Bundespolitik endlich zu klaren Kompensationen gefordert!
www.pro-lausitz.de/index.php/aktuelle_nachrichten/items/pro-lausitz-begruesst-die-klarheit-nach-der-leag-entscheidung.html

Rocholl, M. (2017): Der Ausstieg hat längst begonnen. In: Kursbuch Kohleausstieg – Szenarien für den Strukturwandel (2017), S. 43 ff.

Sächsische Staatskanzlei (13.09.2016): Bund und Länder unterstützen die Entwicklung der Lausitz
www.medien-service.sachsen.de/medien/news/206322

Sächsische Staatskanzlei (13.06.2017): Woidke und Tillich: Für die Lausitz neue Jobs in neuen Industriezweigen schaffen – Länder-Kabinette beschließen Lausitz-Strategie. Pressemitteilung der Staatskanzleien der Länder Brandenburg und Sachsen vom 13. Juni 2017

Schäfer, K.; Sannig, J.; Krüger, W. (2017): Mehr Verlässlichkeit bitte! Rahmenbedingungen für den Kohleausstieg – drei Standpunkte. In: Kursbuch Kohleausstieg – Szenarien für den Strukturwandel, S. 73 ff.

Schuster, R. (2016): Lausitzer Strukturen im Wandel – Mythen, Orte und Akteure.
www.kein-tagebau.de/images/_dokumente/160617_hintergrund_strukturwandel.pdf

Schwartzkopff, J.; Schulz, S. (2015): Zukunftsperspektiven für die Lausitz. Was kommt nach der Kohle?
www.e3g.org/docs/E3G_Zukunftsperspektiven_Lausitz.pdf

SPD (2017): Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland.
www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf

Staatskanzlei Land Brandenburg (2017):
LEAG-Entscheidung gibt Region Planungssicherheit.
brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=bb1.c.503728.de

Statista (2017): Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf von 1991 bis 2016.

Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (2015):
Ländercheck Lehre und Forschung im föderalen Wettbewerb.

Umweltbundesamt (2017): Entwicklung der spezifischen Kohlendioxid-Emissionen des deutschen Strommix in den Jahren 1990–2016.

Wirtschaftsinitiative Lausitz e. V. (2017):
WiL begrüßt LEAG-Entscheidung zur Fortführung der Tagebaue.
www.wil-ev.de/index.php/pressemitteilungen.html?file=tl_files/Pressemitteilungen/2015/2015-05-04%20PM%20LWTP-Auszeichnung.pdf

Wissenschaftsrat (2016): Stellungnahme zum Neuordnungskonzept der Hochschulregion Lausitz.
www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/5257-16.pdf

Zundel, S. (2017): Regionales Transitionmanagement – Klimapolitik und regionaler Strukturwandel in der Lausitz. Noch unveröffentlichtes Manuskript.

Publikationen von Agora Energiewende

AUF DEUTSCH

Die deutsche Braunkohlenwirtschaft

Historische Entwicklungen, Ressourcen, Technik, wirtschaftliche Strukturen und Umweltauswirkungen

Charta für eine Energiewende- Industriepolitik

Ein Diskussionsvorschlag von Agora Energiewende und Roland Berger

Neue Preismodelle für Energie

Grundlagen einer Reform der Entgelte, Steuern, Abgaben und Umlagen auf Strom und fossile Energieträger

Smart-Market-Design in deutschen Verteilnetze

Entwicklung und Bewertung von Smart Markets und Ableitung einer Regulatory Roadmap

Energiewende und Dezentralität

Zu den Grundlagen einer politisierten Debatte

Wärmewende 2030

Schlüsseltechnologien zur Erreichung der mittel und langfristigen Klimaschutzziele im Gebäudesektor

Eigenversorgung aus Solaranlagen

Das Potenzial für Photovoltaik-Speicher-Systeme in Ein- und Zweifamilienhäusern, Landwirtschaft sowie im Lebensmittelhandel

Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens

Konzept zur schrittweisen Dekarbonisierung des deutschen Stromsektors
(Lang- und Kurzfassung)

Erneuerbare vs. fossile Stromsysteme: ein Kostenvergleich

Stromwelten 2050 – Analyse von Erneuerbaren, kohle- und gasbasierten Elektrizitätssystemen

Der Klimaschutzbeitrag der Stromsektors bis 2040

Entwicklungspfade für die deutschen Kohlekraftwerke und deren wirtschaftliche Auswirkungen

Die Energiewende im Stromsektor: Stand der Dinge 2016

Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2017

Wie hoch ist der Stromverbrauch in der Energiewende?

Energiepolitische Zielszenarien 2050 - Rückwirkungen auf den Ausbaubedarf von Windenergie und Photovoltaik

Ein Kraftwerkspark im Einklang mit den Klimazielen

Handlungslücke, Maßnahmen und Verteilungseffekte bis 2020

Publikationen von Agora Energiewende

Transparenzdefizite der Netzregulierung

Bestandsaufnahme und Handlungsoptionen

Die Entwicklung der EEG-Kosten bis 2035

Wie der Erneuerbaren-Ausbau entlang der langfristigen Ziele der Energiewende wirkt

Netzentgelte in Deutschland

Herausforderungen und Handlungsoptionen

Stromspeicher in der Energiewende

Untersuchung zum Bedarf an neuen Stromspeichern in Deutschland für den Erzeugungsausgleich, Systemdienstleistungen und im Verteilnetz

12 Thesen zur Energiewende

Ein Diskussionsbeitrag zu den wichtigsten Herausforderungen im Strommarkt, (Lang- und Kurzfassung)

AUF ENGLISCH

FAQ EEG – Energiewende: What do the new laws mean?

Ten questions and answers about EEG 2017, the Electricity Market Act, and the Digitisation Act

Reducing the cost of financing renewables in Europe

A proposal for an EU Renewable Energy Cost Reduction Facility ("RES-CRF")

Refining Short-Term Electricity Markets to Enhance Flexibility

Stocktaking as well as Options for Reform in the Pentilateral Energy Forum Region

Energy Transition in the Power Sector in Europe: State of Affairs in 2016

Review on the Developments in 2016 and Outlook on 2017

A Pragmatic Power Market Design for Europe's Energy Transition

The Power Market Pentagon

Eleven Principles for a Consensus on Coal

Concept for a stepwise decarbonisation of the German power sector (Short Version)

The Integration Costs of Wind and Solar Power

An Overview of the Debate of the Effects of Adding Wind and Solar Photovoltaics into Power Systems

Alle Publikationen finden Sie auf unserer Internetseite: www.agora-energiewende.de

Wie gelingt uns die Energiewende?

Welche konkreten Gesetze, Vorgaben und Maßnahmen sind notwendig, um die Energiewende zum Erfolg zu führen? Agora Energiewende will helfen, den Boden zu bereiten, damit Deutschland in den kommenden Jahren die Weichen richtig stellt. Wir verstehen uns als Denk- und Politiklabor, in dessen Mittelpunkt der Dialog mit den relevanten energiepolitischen Akteuren steht.



Agora Energiewende

Anna-Louisa-Karsch-Straße 2 | 10178 Berlin

T +49 (0)30 700 14 35-000

F +49 (0)30 700 14 35-129

www.agora-energiewende.de

info@agora-energiewende.de

